

Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

Der BGH warnt vor dem „Klebezettel-Unwesen“:

Anweisungen an das Büropersonal über Klebezettel auf Aktendeckeln stellen wegen des großen Verlustrisikos eine vermeidbare Fehlerquelle dar. Hier funktioniert keine ordnungsgemäße Büroorganisation. Der Antrag auf Wiedereinsetzung wurde vom BGH zurückgewiesen.

Beim erstmals gestellten und ordnungsgemäß begründeten Antrag auf **Verlängerung der Berufungsbe gründungsfrist** hilft der BGH dem unter Fristendruck leidenden Rechtsanwalt:

Er kann den Antrag am letzten Tag vor Fristablauf stellen und muß sich nicht erkundigen, ob seinem Antrag stattgegeben wird. Er kann bei erstmaligem Antrag damit rechnen. Bei Zweifeln des Senatsvorsitzenden an den dargelegten Gründen muß er dem Antragsteller und nicht allein dem Prozeßgegner Gelegenheit zur Stellungnahme geben.

Zum **Anwaltshonorar** stellt der BGH fest:

Der als Liquidator, Insolvenzverwalter o.ä. tätige Rechtsanwalt kann ein über seine hierfür vereinbarte Vergütung hinausgehendes Anwaltshonorar nur verlangen, wenn auch ein geschäftserfahrener Nichtjurist an seiner Stelle für die Auftragserledigung einen Anwalt hinzuziehen dürfte.

Einen Fall aus dem Leben – „Liebe macht blind“ – hatte das OLG Hamm zu entscheiden:

Ungesichert werden Vermögenswerte an den Geliebten übertragen, obwohl der Notar belehrt hat. Später sind die Vermögenswerte verschwunden. Die Entscheidung befaßt sich ausführlich mit dem Umfang der Belehrungspflicht und dem Beweis der Kausalität.

Zum Schluß ein kleiner **Honorarhinweis** des LG Krefeld an Steuerberater:

Bevor Bilanzen für einen Kleingewerbetreibenden vom Berater erstellt werden, muß er ihn darauf hinweisen, daß er nach dem Handelsrecht nicht hierzu verpflichtet ist. Andernfalls rechnet der Mandant gegen dessen Honoraransprüche mit Schadenersatzansprüchen auf.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Dr. Jürgen Gräfe



GI Aktuell

BFH: Bundesfinanzhof bestätigt Rechtsprechung zur Verfassungsmäßigkeit der Zinsbesteuerung

Die Besteuerung der im Jahr 1993 erzielten Zins einkünfte verstößt nicht gegen das Grundgesetz. Das hat der VIII. Senat des BFH mit Urteil vom 15.12.1998 – VIII R 6/98 entschieden und damit seine frühere Rechtsprechung zu dieser Frage aus dem Jahr 1997 (Urteil vom 18.2.1997 – VIII R 33/95) bestätigt.

Hintergrund der neuen Entscheidung war eine Klage von Eheleuten, die ihre Einkünfte aus Kapitalvermögen (vorwiegend Zinseinkünfte) ordnungsgemäß in ihrer Einkommensteuer- erklärung angegeben hatten. Gegen die Festset- zung der Einkommensteuer auf diese Einkünfte wandten die Eheleute ein, **daß die Besteuerung der Zinseinkünfte gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung aller Steuerpflichtigen** (Art. 3 des Grundgesetzes) **verstoße, weil das in § 30a der Abgabenordnung festgeschriebene „Bankgeheimnis“ eine hinreichende Über- prüfung der nicht vollständig erklärten Zins- einkünfte verbiete.**

Zur Begründung ihrer klageabweisenden Ent- scheidung bezogen sich die Bundesrichter weit- gehend auf die ausführlichen Entscheidungs- gründe in ihrem früheren Urteil aus dem Jahre 1997. Dort hatte der VIII. Senat des BFH im Kern ausgeführt, § 30a der Abgabenordnung, der das sog. Bankgeheimnis regelt, müsse entsprechend den Vorgaben der Verfassung eingeschränkt aus- gelegt werden. Daraus folge insbesondere, daß § 30a der Abgabenordnung der Fertigung von Kontrollmitteilungen anlässlich einer steuer- lichen Betriebsprüfung bei einem Kreditinstitut dann nicht entgegenstehe, wenn hierfür ein „hinreichend begründeter Anlaß“ bestehe.

Ein solcher hinreichender Anlaß sei gegeben, wenn der Betriebsprüfer infolge Vorliegens kon- kreter Umstände oder aufgrund allgemeiner Erfahrungen zu dem Schluß komme, daß die Kontrollmitteilungen zur Aufdeckung steuerer- heblicher Tatsachen führen könnten. § 30a der Abgabenordnung verbiete daher lediglich Kon- trollmitteilungen ohne jeden Anlaß, also gleich- sam „ins Blaue hinein“. Der gegen dieses Urteil im Fachschrifttum und in einem Beschluß des VII. Senats des BFH (vom 28.10.1997 – VII B 40/97) erhobenen Kritik sind die Richter des VIII. Se- nats in ihrer neuen Entscheidung nicht gefolgt. (BFH, Urt. v. 15.12.1998 – VIII R 6/98)

Pressemitteilung d. BFH v. 4.2.1999

BFH: Bundesfinanzhof erweitert die Möglichkeit des Schuldzinsenabzugs bei Baudarlehen für die Errichtung eines teilweise fremdvermieteten und teilweise selbstgenutzten Gebäudes

Finanziert jemand den Bau eines Zwei- oder Mehrfamilienhauses, in dem er eine Wohnung selbst nutzt und die andere(n) vermietet, sowohl mit Eigenmitteln als auch mit Darlehen, war bisher umstritten, in welcher Höhe die Darlehenszinsen als Werbungskosten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung abgezogen werden können. Die Finanzverwaltung ließ die gezahlten Zinsen regelmäßig nur anteilig im Verhältnis der fremdvermieteten zur selbstgenutzten Wohn-/Nutzfläche des Gebäudes zum Abzug zu.

Demgegenüber hat nunmehr der BFH in mehreren Urteilen die Möglichkeit des Schuldzinsenabzugs zugunsten der Steuerpflichtigen erweitert. Danach kann ein Bauherr Darlehenszinsen als Werbungskosten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung abziehen, wenn und soweit er das Darlehen tatsächlich zur Finanzierung der Herstellung des vermieteten Teils des Hauses verwendet. Dies kann dazu führen, daß die Darlehenszinsen in größerem Umfang als bisher als Werbungskosten abziehbar sind. Erforderlich ist jedoch, daß die ausschließlich auf den vermieteten Teil des Hauses entfallenden Herstellungskosten gesondert ausgewiesen und abgerechnet werden. Die das Gesamtgebäude betreffenden Kosten (z.B. für den Aushub der Baugrube) sind weiterhin anteilig zuzuordnen. Darüber hinaus müssen die auf den vermieteten Teil des Gebäudes entfallenden Herstellungskosten tatsächlich mit dem Darlehen bezahlt worden sein, dessen Zinsen als Werbungskosten geltend gemacht werden. Dies ist z.B. dann der Fall, wenn die Zahlungen (auch Abschlagszahlungen) zu Lasten eines Kontos geleistet worden sind, dessen Guthaben nur aus Darlehensmitteln besteht.

(BFH, Urt. v. 27.10.1998 – IX R 44/95 [Doppelhaus], IX R 19/96 und IX R 29/96 [Eigentumswohnungen])

Pressemitteilung d. BFH v. 9.2.1999

BFH: Erste Entscheidung des Bundesfinanzhofs zur phasengleichen Aktivierung von Gewinnansprüchen nach der „Tomberger-Entscheidung“ des EuGH

Mit Urteil vom 26.11.1998 – IV R 52/96 hat der BFH entschieden, daß eine Besitzgesellschaft im Sinne der Rechtsprechung zur Betriebsaufspal-

tung nicht stets verpflichtet ist, die von der Betriebs-GmbH geschuldeten Dividenden im Jahr der Gewinnerzielung zu aktivieren. Insbesondere besteht eine solche Verpflichtung dann nicht, wenn in der Satzung der Betriebs-GmbH vorgesehen ist, bei Stimmengleichheit Gewinne nicht auszuschütten, und wenn der Jahresabschluß der ausschüttenden GmbH nach dem der Besitzgesellschaft festgestellt worden ist. Der BFH äußert gewisse Zweifel daran, ob sich die bisherige Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs und des BFH zur sog. phasengleichen Aktivierung von Gewinnansprüchen aus steuerlicher Sicht in vollem Umfang wird fortsetzen lassen. Jedenfalls hält er eine Erweiterung einer solchen Aktivierungspflicht über die bisherige Rechtsprechung hinaus für unzulässig.

Die Entscheidung ist deshalb von besonderem Interesse, weil der EuGH in der sog. Tomberger-Entscheidung vom 27.6.1996 entschieden hatte, daß die vom Bundesgerichtshof vertretene These, derzufolge Dividendenansprüche einer Konzerngesellschaft gegenüber der Tochtergesellschaft unter bestimmten Voraussetzungen im Jahr der Gewinnerzielung zu aktivieren sind, mit dem Gemeinschaftsrecht (Vierte Bilanz-Richtlinie) übereinstimme. Nach Ergehen dieser Entscheidung stellte sich die Frage nach deren Auswirkung auf die steuerliche Gewinnermittlung. (BFH, Urt. v. 26.11.1998 – IV R 52/96)

Pressemitteilung d. BFH v. 25.2.1999

BFH: Ein per Telefax übermittelter Investitionszulagenantrag erfüllt nicht das Erfordernis der eigenhändigen Unterschrift

Investitionszulagenanträge sind nach den hierfür einschlägigen Normen vom Anspruchsberechtigten nach amtlichem Vordruck zu stellen und eigenhändig zu unterschreiben. Der BFH hat in dem jetzt zu § 6 Abs. 3 Satz 1 des Investitionszulagengesetzes 1993 ergangenen Urteil vom 17.12.1998 – III R 87/96 entschieden, daß dem Erfordernis der Eigenhändigkeit der Unterschrift nur genügt ist, wenn der Anspruchsberechtigte oder sein gesetzlicher Vertreter unter Verwendung seines Familiennamens den Antrag höchstpersönlich unterzeichnet und dem Finanzamt gegenüber den Nachweis der höchstpersönlichen Unterzeichnung erbracht hat. Dieser Nachweis könne bei einem Investitionszulagenantrag für das Kalenderjahr 1993 nur durch die körperliche Übermittlung des Originalantrags, auf den der Anspruchsberechtigte oder sein gesetzlicher

Vertreter höchstpersönlich die eigenhändige Unterschrift gesetzt haben, geführt werden. Die Übermittlung des Antrages durch Telekopie (Faxausdruck) genüge dem Nachweiserfordernis angesichts der leichten und für den Empfänger nicht erkennbaren technischen Gestaltungs- und Manipulationsmöglichkeiten nicht. Es sei insbesondere nicht gewährleistet, daß dem anspruchsberechtigten Steuerpflichtigen oder seinem gesetzlichen Vertreter die Bedeutung der mit dem Antrag abzugebenden Wissenserklärung bewußt gemacht worden sei und er die Verantwortung für die Richtigkeit der der Erklärung zugrundeliegenden Tatsachen und Belege übernommen habe. Dazu gehöre insbesondere auch die Übernahme der vollen strafrechtlichen Verantwortung für unrichtige oder unvollständige Angaben, die subventionserhebliche Tatsachen i.S.d. § 264 des Strafgesetzbuches darstellen.

Mit dem Urteil wird die zum Investitionszulagenantrag entschiedene Frage von der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs sowie anderer oberster Bundesgerichte zu den Anforderungen an die Schriftform prozeßrechtlich bestimmender Schriftsätze abgegrenzt. Im Urteilsfall spielte es auch keine Rolle, daß der Originalantrag alsbald, allerdings erst nach Ablauf der zulagenrechtlichen Antragsfrist, nachgereicht wurde. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand konnte dem bei Antragstellung fachkundig beratenen Steuerpflichtigen nicht gewährt werden.

(BFH, Urt. v. 17.12.1998 - III R 87/96)

Pressemitteilung d. BFH v. 4.3.1999

BGH: Bundesgerichtshof bejaht urheberrechtliche Vergütungspflicht für Telefaxgeräte

Der unter anderem für das Urheberrecht zuständige I. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat in einem gestern abend verkündeten Urteil die Frage entschieden, ob für Telefaxgeräte – ebenso wie für Kopiergeräte – eine urheberrechtliche Vergütung zu zahlen ist.

Das Urheberrechtsgesetz sieht vor, daß die Hersteller und Importeure von Geräten, mit denen bestimmungsgemäß Vervielfältigungen von urheberrechtlich geschützten Werken hergestellt werden können, eine Vergütung zur Abgeltung der Vervielfältigungsvorgänge zu zahlen haben. Diese Ansprüche können nicht von den betroffenen Urhebern oder Verlagen selbst, sondern nur von einer Verwertungsgesellschaft geltend gemacht werden, die diese und Einnahmen aus

ähnlichen Vergütungsansprüchen an die Autoren und Verlage ausschüttet. In dem nun letztinstanzlich entschiedenen Rechtsstreit ging es darum, ob auch für Telefaxgeräte, die man auch als Fernkopierer bezeichnen kann, eine solche urheberrechtliche Gerätevergütung zu zahlen ist. Die klagende Verwertungsgesellschaft Wort, die die urheberrechtlichen Befugnisse der Wortautoren und ihrer Verleger wahrnimmt, hatte – um die Vergütung berechnen zu können – von einem in der Pfalz ansässigen Unternehmen, das Telefaxgeräte importiert, eine Auskunft über die in den Jahren 1990 bis 1993 in Verkehr gebrachten Faxgeräte beansprucht.

Der BGH hat die Vergütungspflicht für Telefaxgeräte in Übereinstimmung mit den Vorinstanzen (LG Frankenthal/OLG Zweibrücken) bejaht und die Revision der zur Auskunftserteilung verurteilten Importeurin zurückgewiesen.

Maßgeblich war dabei der Gesichtspunkt, daß ein – wenn auch nur geringer – Anteil der Fernkopierer in Bibliotheken und an vergleichbaren Standorten zur Übermittlung und damit zur Vervielfältigung von urheberrechtlich geschütztem Schriftgut eingesetzt wird, um auswärtigen Benutzern bestellte Kopien rasch zukommen zu lassen oder um Benutzern einer anderen Bibliothek dort nicht vorhandene Literatur zu verschaffen.

Danach ist für Telefaxgeräte eine angemessene Vergütung zu zahlen. Die im Gesetz für Fotokopiergeräte vorgesehenen festen Vergütungssätze, die als unterste Stufe einen Betrag von 75 DM für Geräte mit einer Leistung von zwei und zwölf Vervielfältigungen pro Minute vorsehen, können jedoch – so der Bundesgerichtshof – nicht angewandt werden. Sie wären unangemessen hoch, weil Telefaxgeräte vorwiegend in Büros, aber auch in Privathaushalten zur Übermittlung von urheberrechtlich nicht geschützten Schriftstücken zum Einsatz kommen.

Da das Gesetz insofern eine Lücke enthält, verbleibt es bei dem Anspruch auf eine angemessene Vergütung. Die Höhe der Vergütung muß zwischen der Verwertungsgesellschaft Wort und den zuständigen Industrieverbänden ausgehandelt werden. Schon in der Vergangenheit war die Verwertungsgesellschaft Wort mit ihren Forderungen für Telefaxgeräte deutlich unter den für Kopiergeräte gesetzlich vorgesehenen Vergütungssätzen geblieben.

(BGH, Urt. v. 28.1.1999 - I ZR 208/96)

Pressemitteilung d. BGH v. 29.1.1999

Fristenorganisation

- Anweisung zur Fristeintragung
- Klebezettel auf Aktendeckel
(BGH, Beschl. v. 17.12.1998 - VII ZB 19/98)

Leitsatz:

Ein Rechtsanwalt genügt nicht den ihm obliegenden Sorgfaltspflichten an die Kontrolle der Berufungsbegründungsfrist, wenn er sein Büro durch Anbringen eines Klebezettels an den Aktendeckel anweist, die Frist einzutragen.

Aus den Gründen:

I.

Die Beklagten haben gegen das Urteil des Landgerichts, in dem sie zur Zahlung von 29.484,40 DM verurteilt worden sind, am 26.3.1998 Berufung eingelegt. Nachdem sie mit Verfügung vom 30.4.1998, ihren Prozeßbevollmächtigten zugestellt am 5.5.1998, darauf hingewiesen worden waren, daß die Berufung nicht innerhalb der Berufungsbegründungsfrist bis spätestens 27.4.1998 begründet worden sei, haben die Beklagten fristgerecht Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt und die Berufung begründet.

Zur Begründung haben sie glaubhaft gemacht:

Erst mit Mitteilung des Gerichts sei bemerkt worden, daß die Berufungsbegründungsfrist versäumt worden sei. Nach der in der Kanzlei üblichen Weise sei, nachdem die Berufung eingelegt worden und die Erledigung auf dem Fristenkontrollzettel vermerkt worden sei, auf einem handschriftlichen Klebezettel die Notierung der Berufungsbegründungsfrist verfügt und die Akten mit diesem Klebezettel (Marke „Post-it“) auf dem Aktendeckel auf dem für Fristennotierung vorgesehenen Platz auf einen Schreibtisch im Sekretariat gelegt worden.

Warum die für Fristen zuständige zuverlässige Sekretärin W. die Weisung nicht ausgeführt habe, habe nicht festgestellt werden können. Die Gründe ließen sich nur rekonstruieren. Die Akte müsse vom Platz für Fristennotierung entfernt worden sein, weil am 27.3.1998 noch ein Telefax an die Gegenpartei geschickt worden sei. Dabei müsse der Klebezettel verlorengegangen und die Akte nicht mehr an den ursprünglichen Platz zurückgelegt worden sein.

Das Berufungsgericht hat den Beklagten die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand versagt und ihre Berufung als unzulässig verworfen. Dagegen richtet sich ihre sofortige Beschwerde.

II.

Das Rechtsmittel der Beklagten hat keinen Erfolg. Das Oberlandesgericht hat zu Recht die Berufung als unzulässig verworfen und den Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach Versäumung der Berufungsfrist zurückgewiesen. Die Berufung ist nicht fristgerecht begründet worden. Die Fristversäumung beruht auf einem den Beklagten gemäß § 85 Abs. 2 ZPO zurechenbaren Verschulden ihres Prozeßbevollmächtigten.

1. Das Berufungsgericht nimmt ein **Organisationsverschulden** des Prozeßbevollmächtigten der Beklagten an. Der praktizierten Handhabung stünden Fehlerquellen gleichsam „auf der Stirn geschrieben“. **Ein Klebezettel, der auf dem Aktendeckel angebracht sei, sei einem erheblichen Verlustrisiko ausgesetzt.** Eine sichere Handhabung und Kontrolle der Berufungsbegründungsfrist auf eine solche Art und Weise erscheine nicht gewährleistet. **Die Ablage der Akte nur auf einem „speziellen Platz“ sei als weitere Gefahrenquelle anzusehen,** weil sie mit anderen Akten vermischt oder weggenommen werden könne.

2. Der Senat schließt sich der Beurteilung des Berufungsgerichts an. Die Büroorganisation des Prozeßbevollmächtigten der Beklagten entspricht nicht den für die Fristenkontrolle gebotenen Anforderungen. **Ein Rechtsanwalt genügt nicht den ihm obliegenden Sorgfaltspflichten an die Kontrolle der Berufungsbegründungsfrist, wenn er sein Büropersonal durch Anbringen eines Klebezettels an den Aktendeckel anweist, die Frist einzutragen.**

Wiedereinsetzung

- Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist
- Erster Antrag
(BGH, Urt. v. 11.11.1998 - VIII ZB 24/98)

Leitsatz:

Zur Wiedereinsetzung bei Abweisung eines erstmals gestellten Antrags auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist.

Aus den Gründen:

I.

Die Beklagte hat gegen ein ihr zugestelltes Urteil des Landgerichts D. am 17.4.1998 Berufung eingelegt. Am letzten Tag der Berufungsbegründungsfrist, Montag, den 18.5.1998, ist beim Oberlandesgericht ein Antrag der Beklagten auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist bis zum 17.6.1998 eingegangen. Zur Begründung hat der Prozeßbevollmächtigte der Beklagten ausgeführt, daß „Vergleichsgespräche mit der Gegenseite geführt wurden und bisher noch keine Rücksprache mit der Mandantin gehalten werden konnte“.

Mit Verfügung vom 19.5.1998, der Beklagten bekanntgemacht am 22.5.1998, hat der Senatsvorsitzende die beantragte Verlängerung abgelehnt. Zur Begründung hat er ausgeführt, ein erheblicher Grund für eine Verlängerung liege nicht vor, weil nach Auskunft des Klägersvertreters derzeit keine Vergleichsverhandlungen geführt würden.

Mit am 5.6.1998 eingegangenem Schriftsatz hat die Beklagte ihre Berufung begründet und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Berufungsbegründungsfrist beantragt. Zum Antrag auf Wiedereinsetzung hat sie unter anderem vorgetragen, ihr Anwalt habe beim erstmaligen Antrag auf Fristverlängerung darauf vertraut, dem Antrag werde stattgegeben.

Das Oberlandesgericht hat mit Beschluß vom 24.7.1998 die beantragte Wiedereinsetzung versagt und zugleich die Berufung der Beklagten als unzulässig verworfen. Gegen diesen am 30.7.1998 zugestellten Beschluß richtet sich die am 3.8.1998 eingegangene sofortige Beschwerde.

II.

Das zulässige Rechtsmittel hat Erfolg.

1. Nach Auffassung des Berufungsgerichts beruht die Versäumung der Berufungsbegründungsfrist auf einem der Beklagten zuzurechnenden Verschulden ihres Prozeßbevollmächtigten. Dieser habe nicht darauf vertrauen dürfen, die beantragte Fristverlängerung werde gewährt, weil im Antrag erhebliche Gründe i.S.d. § 519 Abs. 2 Satz 3 ZPO nicht genannt worden seien. Vergleichsverhandlungen stellten einen solchen Grund nicht dar; die Notwendigkeit einer Rück-

sprache des Prozeßbevollmächtigten mit seiner Partei sei nicht substantiiert dargelegt worden.

2. Diese Ausführungen halten der rechtlichen Überprüfung nicht stand.

a) Zutreffend ist allerdings der Ausgangspunkt des Berufungsgerichts. Grundsätzlich kann der Rechtsmittelführer im Wiedereinsetzungsverfahren nicht mit Erfolg geltend machen, er habe mit der Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist durch den Vorsitzenden rechnen dürfen. Er ist vielmehr mit dem Risiko belastet, daß der Vorsitzende in Ausübung seines ihm gemäß § 519 Abs. 2 Satz 3 ZPO eingeräumten Ermessens eine beantragte Verlängerung auch dann versagt, wenn die dafür erforderlichen Voraussetzungen vorliegen (vgl. *Senatsbeschl. v. 7.10.1992 - VIII ZB 28/92, NJW 1993, 134 unter 1 m. zahlr. Nachw.*).

Etwas anderes gilt indessen, wenn der Rechtsmittelführer mit großer Wahrscheinlichkeit die Bewilligung der Fristverlängerung erwarten konnte. Das ist regelmäßig bei einem ersten Verlängerungsantrag der Fall, wenn ein ihn rechtfertigender erheblicher Grund i.S.d. § 519 Abs. 2 Satz 3 ZPO geltend gemacht wurde (*Senatsbeschl. v. 7.10.1992, a.a.O., unter 2; BAG, NJW 1995, 1446 unter 2*).

b) Entgegen der Auffassung des Oberlandesgerichts durfte der Beklagte auf die Bewilligung seines Verlängerungsantrags vertrauen.

Zu den Gründen, die als erheblich i.S.d. § 519 Abs. 2 Satz 3 ZPO angesehen werden, zählen in der Gerichtspraxis zu Recht unter anderem Vergleichsverhandlungen, weil dadurch einvernehmliche Verfahrensbeendigungen gefördert werden (vgl. *BGH, Beschl. v. 12.7.1995 - IV ZB 9/95, BGHR-ZPO § 233 - Fristverlängerung 12*), unter bestimmten Voraussetzungen auch die Notwendigkeit einer (weiteren) Rücksprache mit der Partei (*Zöller/Gummer, ZPO 20. Aufl., § 519 Rdnr. 19*).

Derartige Gründe hatte der Prozeßbevollmächtigte der Beklagten zur Rechtfertigung seines Fristverlängerungsantrages vorgetragen.

Liegen nach dem Dafürhalten des Vorsitzenden Anhaltspunkte dafür vor, daß die pauschal dargelegten Gründe nicht zutreffen könnten, ist er nicht gehindert, eine nähere Substantiierung und Glaubhaftmachung durch den Rechtsmittelführer zu verlangen. In diesen Fällen kann das Gericht die Entscheidung über die Fristverlänge-

rung auch noch nach deren Ablauf treffen (BAG, NJW 1995, 1446 unter 3 c).

Eine Anfrage beim Gegner des Rechtsmittelführers vermag allerdings die im Zweifelsfall erforderliche Rückfrage beim Rechtsmittelführer nicht zu ersetzen.

Schon gar nicht darf der Vorsitzende eine für den Rechtsmittelführer ungünstige Auskunft des Gegners seiner Entscheidung über den Verlängerungsantrag zugrunde legen, **ohne dem Rechtsmittelführer Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.** Hier hat der Rechtsmittelführer jedenfalls nachträglich durch eidesstattliche Versicherung glaubhaft gemacht, daß die Vergleichsverhandlungen tatsächlich noch nicht abgebrochen waren.

Der Prozeßbevollmächtigte der Beklagten durfte, da von ihm eine weitere Substantiierung oder eine Glaubhaftmachung nicht verlangt wurde, darauf vertrauen, seinem Antrag werde stattgegeben. Eine Praxis, die generell die im Verlängerungsgesuch vorgetragenen Gründe für nicht ausreichend hält, weil sie nicht glaubhaft gemacht worden sind, bewegt sich nicht mehr im Rahmen zulässiger, am Einzelfall orientierter Auslegung. Auf eine solche Praxis braucht sich der Anwalt grundsätzlich nicht einzustellen (BVerfG, NJW 1989, 1147 unter III 3).

c) Es gereicht der Beklagten ferner nicht zum Verschulden, daß ihr Prozeßbevollmächtigter den Verlängerungsantrag erst am letzten Tag der Frist gestellt hat. Eine Partei ist grundsätzlich berechtigt, eine Frist bis zum letzten Tag auszuschöpfen.

Auch die unter diesen Umständen erhöhte Sorgfaltspflicht hat der Prozeßbevollmächtigte der Beklagten nicht verletzt, als er es unterließ, sich telefonisch am selben Tag zu vergewissern, ob seinem Antrag stattgegeben werde. Für eine solche Rückfrage bestand kein erkennbarer Anlaß, da der Anwalt – wie ausgeführt – mit der Verlängerung der Frist rechnen konnte.

Die Beklagte hat daher die Frist zur Begründung ihrer Berufung weder aus eigenem noch ihr zuzurechnenden Verschulden ihres Prozeßbevollmächtigten (§ 85 Abs. 2 ZPO) versäumt; ihr war deshalb Wiedereinsetzung zu gewähren (§ 233 ZPO).

Honorar des Liquidators

- Rechtsanwalt, BRAGO
- Sondervergütung analog § 1 Abs. 2 Satz 2 BRAGO
- Auftrag der Treuhandanstalt (BGH, Urt. v. 17.9.1998 – IX ZR 237/97)

Leitsätze:

1. Die Tätigkeit eines Rechtsanwalts als Liquidator gehört zu den von § 1 Abs. 2 Satz 1 BRAGO erfaßten Aufgaben.
2. Der als Liquidator tätige Rechtsanwalt kann ein zusätzliches Honorar nach anwaltlichem Gebührenrecht für die Wahrnehmung solcher Aufgaben verlangen, zu deren sachgerechter Erledigung selbst ein als Liquidator erfahrener Nichtjurist einen Rechtsanwalt hinzuziehen müßte.
3. Die formularmäßige Bestimmung eines mit einem Rechtsanwalt geschlossenen Liquidatorvertrages, die nach der gesetzlichen Regelung begründete Ansprüche des Anwalts auf eine zusätzliche anwaltliche Vergütung ausschließt und sie statt dessen von einer im freien Belieben des Verwenders stehenden Zustimmung im Einzelfall abhängig macht, ist unwirksam.

Zum Sachverhalt:

Die Beklagte, deren alleinige Gesellschafterin die vormalige Treuhandanstalt (THA) und jetzige Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben ist, bestellte den klagenden Rechtsanwalt am 15.1.1993 zum Liquidator.

Am 18.2.1993 schlossen die Parteien einen formularmäßig gestalteten, „Auftrag und Honorarvereinbarung“ genannten Vertrag, in dem sich der Kläger zur ordnungsgemäßen Durchführung der Liquidation verpflichtete. Der Vertrag wurde seitens der Beklagten von einem als „Direktor Abwicklung“ bezeichneten Angestellten der Treuhandanstalt unterzeichnet.

Für die Tätigkeit des Klägers wurde ein Gesamthonorar von 137.356 DM vereinbart. § 3 des Vertrages enthält dazu folgende Bestimmungen:

(4) Durch diese Vergütung sind sämtliche Vergütungsansprüche des Auftragnehmers abgegolten. Dies gilt auch für den Einsatz von Mitarbeitern. Ausnahmen sind mit der THA im Einzelfall zu vereinbaren.

Ob eine über diesen Vertrag hinausgehende Vergütung für das Führen von gerichtlichen oder außergerichtlichen Rechtsstreitigkeiten anfällt, richtet sich nach der jeweils gültigen Richtlinie der THA.

(5) Soweit sich der Auftragnehmer zur ordnungsgemäßen Erfüllung seiner sich aus diesem Vertrag sowie seiner Stellung als Liquidator/Abwickler ergebenden Verpflichtungen der Hilfe Dritter (Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Rechtsanwälte etc.) bedienen muß, hat er diese zuvor der Treuhandanstalt namentlich und mit Angaben über die voraussichtliche Einsatzdauer und die beruflichen Qualifikationen zu benennen. Einsatz und Vergütung bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Treuhandanstalt.

Der Kläger hat im Zuge der Liquidation mit Zustimmung der Beklagten deren Betriebsgrundstück veräußert und zu diesem Zweck einen umfangreichen Vertrag entworfen sowie die Verhandlungen mit der Erwerberin geführt. Der Kläger hat für seine Tätigkeit im Zusammenhang mit diesem Vertrag ein Anwaltshonorar verlangt, und zwar je eine volle Geschäfts-, Besprechungs- und Vergleichsgebühr aus einem Gegenstandswert von 13.402.964 DM zuzüglich Ausgabenpauschale und Mehrwertsteuer. Die Beklagte vertritt demgegenüber den Standpunkt, die Tätigkeit des Klägers sei durch die vereinbarte Pauschalvergütung abgegolten.

Die auf Zahlung von 149.862,25 DM nebst Zinsen gerichtete Klage hatte in den Vorinstanzen keinen Erfolg. Der Senat hat die Revision angenommen, soweit der Kläger eine Geschäfts- und eine Besprechungsgebühr zuzüglich Nebenkosten (99.923,50 DM) begehrt.

Die Revision hat Erfolg.

Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsgericht hat zur Begründung seiner Entscheidung ausgeführt: Der Liquidatorvertrag sei wirksam. Eines gesonderten Beschlusses der Alleingesellschafterin der Beklagten über die Anstellung des Klägers habe es nicht bedurft, weil diese Entscheidung konkludent in dem Bestellungsbeschluß enthalten sei. Der Vertrag sei nach den Regeln über die Duldungsvollmacht zustande gekommen.

Aus einer Gesamtbetrachtung des Vertrages ergebe sich, daß neben dem vereinbarten Honorar für die Tätigkeit als Liquidator eine zusätzliche Vergütung für die Wahrnehmung rechtsbesorgender Aufgaben nicht verlangt werden könne. Die Tätigkeit, für die der Kläger ein gesondertes Honorar verlange, sei zudem keine solche, für die ein Liquidator, der nicht selbst Rechtsanwalt sei, unbedingt einen Anwalt habe zu Rate ziehen müssen. Dies ergebe sich schon aus dem in § 1 des Vertrages übertragenen Aufgabenkreis.

Die in § 3 Abs. 4 des Vertrages enthaltene Abgeltungsklausel benachteilige den Kläger nicht unangemessen im Sinne des § 9 AGBG, weil es ihm freigestanden habe, für zusätzliche anwaltliche Tätigkeiten eine entsprechende Einzelfallvereinbarung mit der THA zu treffen oder von solchen Tätigkeiten abzusehen.

II.

Gegen diese Erwägungen wendet sich die Revision im Ergebnis zu Recht.

1. Der Kläger kann ein Anwaltshonorar allerdings nicht schon wegen der von ihm geltend gemachten rechtsgeschäftlichen Mängel des Liquidatorvertrages verlangen.

Es mag dahingestellt bleiben, ob neben dem die Bestellung des Klägers zum Liquidator betreffenden Gesellschafterbeschuß ein weiterer über den Abschluß des Anstellungsvertrages erforderlich war und eine entsprechende Entscheidung der Alleingesellschafterin der Beklagten fehlte. Es kommt auch nicht darauf an, ob die Person, die den Liquidatorvertrag für die Beklagte unterzeichnet hat, die hierzu erforderliche Vollmacht besaß oder jedenfalls die Voraussetzungen einer Duldungs- oder Anscheinsvollmacht zu bejahen sind. Selbst wenn insoweit die Rechtsauffassung des Klägers zuträfe, sind die Bestimmungen des schriftlichen Vertrages vom 18.2.1993 für das Rechtsverhältnis der Parteien maßgebend.

Im Gesellschaftsrecht ist – ähnlich wie im Arbeitsrecht – die Figur des **faktischen Anstellungsvertrages** höchstrichterlich anerkannt. Ist der Anstellungsvertrag des Vorstandsmitglieds einer Aktiengesellschaft oder des Geschäftsführers einer GmbH mit einem Mangel behaftet, der die Wirksamkeit des Vertrages berührt, kann sich jede Seite nur vor Aufnahme der Dienstgeschäfte auf den Mangel und damit auf die Ungültigkeit des Vertrages berufen.

Hat dagegen das Vertretungsorgan seine Tätigkeit auf der Grundlage des fehlerhaften Vertrages aufgenommen und geschah dies mit Wissen des für den Vertragsschluß zuständigen Gesellschaftsorgans oder auch nur eines Organmitglieds, ist diese Vereinbarung für die Dauer der Tätigkeit so zu behandeln, als wäre sie mit allen vorgesehenen gegenseitigen Rechten und Pflichten wirksam (BGHZ 41, 282, 286 ff; 65, 190, 194 f; BGH, Urt. v. 8.3.1973 - II ZR 134/71, WM 1973, 506; Urt. v. 16.1.1995 - II ZR 290/93, WM 1995, 614). Diese Grundsätze sind für den **fehlerhaften Anstellungsvertrag eines Liquidators** in gleicher Weise anzuwenden.

Der Kläger hat aufgrund des Bestellungsbeschlusses vom 15.1.1993 und nach dem Abschluß des Vertrages vom 18.2.1993 seine Tätigkeit als Liquidator aufgenommen. Hiervon hatte die Alleingesellschafterin der Beklagten als für den Vertragsschluß zuständiges Gesellschaftsorgan Kenntnis; sie hat das Handeln des Klägers gebilligt.

2. Der Kläger verlangt eine Vergütung nach der Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung (BRAGO); dieses Begehren ist nach der gesetzlichen Regelung gerechtfertigt.

a) **Gemäß § 1 Abs. 2 Satz 1 BRAGO gilt dieses Gesetz nicht, wenn der Rechtsanwalt als Vormund, Betreuer, Pfleger, Testamentsvollstrecker, Konkursverwalter, Vergleichsverwalter, Mitglied des Gläubigerausschusses oder Gläubigerbeirats, Nachlaßverwalter, Zwangsverwalter, Treuhänder, Schiedsrichter oder in ähnlicher Stellung tätig wird.** Dies beruht im wesentlichen auf der gesetzgeberischen Erwägung, daß es sich bei den hier genannten Aufgaben um Tätigkeiten handelt, die entweder ehrenamtlich erfolgen, in erheblichem Umfang auch Nicht-Rechtsanwälten übertragen werden oder nicht im Auftrag einer Partei oder in deren Interesse übernommen werden. Ihnen fehlt daher in dem einen oder anderen Aspekt ein typisches Merkmal anwaltlicher Berufsausübung.

Die Tätigkeit als Liquidator ist eine „ähnliche Stellung“ im Sinne dieser Vorschrift (OLG Hamburg, MDR 1973, 54, 55; Madert in: Gerold/Schmidt/v. Eicken/Madert, BRAGO 13. Aufl., § 1 Rdnr. 37); denn sie ist mit der Aufgabe eines Konkursverwalters vergleichbar. Nach § 70 GmbHG soll der Liquidator die Geschäfte beenden, die Verpflichtungen der aufgelösten Gesellschaft erfüllen, deren Forderungen einziehen und das Vermögen der Gesellschaft in

Geld umsetzen. Die diese Aufgaben umfassende Tätigkeit wird ebenfalls in nicht unerheblichem Umfang Personen übertragen, die keine Rechtsanwälte sind, und kommt auch den Interessen Dritter, insbesondere den Gesellschaftsgläubigern, zugute.

b) **Trotzdem kann der Anwalt für die Wahrnehmung bestimmter Einzelaufgaben im Rahmen der genannten Tätigkeiten Honoraransprüche nach anwaltlichem Gebührenrecht geltend machen.** Gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 BRAGO bleibt die Vorschrift des § 1835 BGB unberührt. Nach dieser Norm kann der Vormund Ersatz seiner Aufwendungen verlangen; als solche gelten gemäß Absatz 3 auch Dienste, die zu seinem Gewerbe oder Beruf gehören. Der in dieser Bestimmung enthaltene Rechtsgedanke ist auf die übrigen von § 1 Abs. 2 Satz 1 BRAGO erfaßten Tätigkeiten sinngemäß zu übertragen (Eickmann, Vergütungsverordnung 2. Aufl., vor § 1 Rdnr. 19 f; Kuhn/Uhlenbruck, KO 11. Aufl., § 85 Rdnr. 11; Siegmann in: MünchKomm-BGB 3. Aufl., § 1987 Rdnr. 3; Steiner/Hagemann, Zwangsvollstreckung und Zwangsverwaltung 9. Aufl., § 153 Rdnr. 59).

Daher kann der Rechtsanwalt als Insolvenzverwalter zusätzliche Gebühren nach der BRAGO in Rechnung stellen, wenn er in seiner amtlichen Tätigkeit eine Aufgabe wahrgenommen hat, die besonderer rechtlicher Fähigkeiten bedurfte und daher von einem Verwalter, der nicht selbst Volljurist ist, bei sachgerechter Arbeitsweise in der Regel einem Rechtsanwalt hätte übertragen werden müssen.

Dabei macht es grundsätzlich keinen Unterschied, ob es sich um eine gerichtliche oder eine außergerichtliche Tätigkeit gehandelt hat (Delhaes in: Gottwald, Insolvenzrechts-Handbuch, § 120 Rdnr. 28 ff; Eickmann, a.a.O., vor § 1 Rdnr. 22a, 23; Kilger/Karsten Schmidt, Insolvenzgesetze 17. Aufl., § 85 KO Anm. 2a; Kuhn/Uhlenbruck, a.a.O., § 85 Rdnr. 11-12a; Madert, a.a.O., Rdnr. 22; BFH, NJW 1965, 2271, 2272; OLG Köln, KTS 1977, 56, 59; LG Dresden, ZIP 1995, 1035, 1036; vgl. auch BGHZ 55, 101, 102). Diese Grundsätze gelten sinngemäß ebenfalls für einen Liquidator.

Bei Prüfung der Frage, ob dem Anwalt als Konkursverwalter oder Liquidator eine Sondervergütung analog § 1 Abs. 2 Satz 2 BRAGO in Verbindung mit § 1835 Abs. 3 BGB zusteht, sind allerdings strenge Maßstäbe anzulegen. Jede derartige Verwaltung ist schon ihrer Natur nach mit zahlreichen Rechtshandlungen verbunden. Auch eine Person ohne rechtswissenschaftliche

Ausbildung, die eine solche Tätigkeit übernommen hat, muß daher grundsätzlich in der Lage sein, entsprechende Aufgaben, die keine besonderen rechtlichen Schwierigkeiten aufweisen, ohne Einschaltung eines Rechtsanwalts zu bewältigen. Alles dies ist durch die nicht nach den Regeln der BRAGO geschuldete Vergütung abgegolten. **Der als Verwalter oder Liquidator tätige Rechtsanwalt kann daher für rechtliche Aufgaben, die eine geschäftserfahrene Person üblicherweise ohne fremden Beistand erledigt, kein über diese Vergütung hinausgehendes Honorar verlangen.**

c) Der Kläger hat im Zusammenhang mit der Veräußerung des Betriebsgrundstücks der Beklagten eine Tätigkeit entfaltet, für die er nach der dargestellten gesetzlichen Regelung ein Anwaltshonorar nach § 118 Abs. 1 Nr. 1 (Geschäftsgebühr) und 2 (Besprechungsgebühr) BRAGO verlangen kann.

aa) Allerdings begründet nicht schon die Anbahnung und der Abschluß jedes Grundstückskaufvertrages im Zuge der Liquidation einen Anspruch auf Anwaltshonorar. Dem Liquidator obliegt kraft Gesetzes die Aufgabe, das Vermögen der Gesellschaft in Geld umzusetzen (§ 70 GmbHG). **Die Verwertung von Grundstücken ist eine in diesem Zusammenhang typische Aufgabe, der jeder Liquidator grundsätzlich gewachsen sein muß.** Im Regelfall ist dafür die Beauftragung eines Rechtsanwalts schon deshalb nicht notwendig, weil die gebotene Belehrung und Betreuung dem Notar obliegt (§§ 17 BeurkG, 14 BNotO).

bb) Die **Verwertung des Betriebsgrundstücks** der Beklagten war jedoch mit rechtlichen Schwierigkeiten verbunden, die ein Liquidator ohne volljuristische Ausbildung nicht selbst hätte lösen können. **Der Kaufvertrag vom 22.2.1994 über das Betriebsgrundstück der Beklagten enthält umfangreiche und rechtlich verwickelte Regelungen, die weit über das hinausgehen, was üblicherweise Gegenstand eines Grundstücksveräußerungsvertrages ist.**

Da der Erwerb des Betriebsgrundstücks auch der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen dienen sollte, wurden detaillierte Vereinbarungen getroffen, die eine Mehrerlösabführung für den Fall vorsahen, daß die Erwerberin das Grundstück bis zu einem bestimmten Zeitpunkt weiterveräußerte. Der Vertrag behandelt ausführlich die Verpflichtung der Erwerberin zu investieren sowie Arbeitsplätze zu sichern und

neu zu begründen. Bei Nichterfüllung dieser Vereinbarung war das Grundstück zurückzuübertragen; außerdem entstanden Vertragsstrafeansprüche der Beklagten.

Die Erwerberin hatte darüber hinaus Teile des auf dem Grundstück befindlichen Betriebsgebäudes ehemaligen Mitarbeitern der Beklagten zur gewerblichen Nutzung zu überlassen und mit diesen einen entsprechenden Mietvertrag abzuschließen sowie einer Gesellschaft, die bereits Teile des Gebäudes nutzte, binnen einer Frist von zwei Monaten ein Angebot zum Abschluß eines Mietvertrages zu unterbreiten, dessen Eckdaten von der Beklagten vorgegeben waren. Weiter wurden die Risikoverteilung im Falle von Altlasten sowie das Verfahren bei eventueller Anmeldung von vermögensrechtlichen Ansprüchen durch Dritte geregelt.

Der Entwurf eines solchen Vertrages stellte selbst an einen Volljuristen mit einschlägiger beruflicher Erfahrung hohe Anforderungen. Die Aufgabe hätte einen Liquidator, der nicht selbst Rechtsanwalt ist, bei weitem überfordert.

Der Vertrag war zudem das Ergebnis umfangreicher und schwieriger Verhandlungen mit der anwaltlich vertretenen Käuferin. In deren Verlauf wurden insgesamt sechs Entwürfe gefertigt und mindestens vier Besprechungen mit der Erwerbsinteressentin und deren Rechtsanwälten durchgeführt. **Ein Liquidator ohne entsprechende rechtliche Vorbildung wäre all dem, was der Kläger leisten mußte, um den erstrebten Erfolg zu erzielen, im allgemeinen nicht gewachsen gewesen.**

cc) Die Tätigkeit des Klägers geschah im Einvernehmen mit der Alleingesellschafterin der Beklagten. Dieser war die vom Kläger entfaltete Tätigkeit nicht nur bekannt; sie hat darüber hinaus zumindest einen der Vertragsentwürfe durch ihre zuständige Rechtsabteilung prüfen lassen und dem Kläger Änderungswünsche mit der Bitte übersandt, diese in den Vertrag einzuarbeiten. **Die Beklagte hat sich infolgedessen damit einverstanden erklärt, daß der Kläger die Aufgabe übernahm, für die er das Sonderhonorar verlangt.**

Schon deshalb kann die Beklagte dem Kläger nicht entgegenhalten, das Konzipieren und Beurkunden eines Grundstückskaufvertrages sei grundsätzlich Sache des Notars. Davon abgesehen ging hier die Ausarbeitung des Vertragsinhalts und dessen Abstimmung mit den

Interessen der anderen Seite weit über das hinaus, was ein Notar zu leisten gesetzlich verpflichtet ist.

3. Die Revision wendet sich erfolglos gegen die Auffassung des Berufungsgerichts, der hier geltend gemachte Honoraranspruch sei durch die in § 3 Abs. 4 Satz 1 des Liquidatorvertrages enthaltene Klausel vertraglich ausgeschlossen worden.

a) Der Senat kann die Bestimmungen des Vertrages frei auslegen; denn es handelt sich um Allgemeine Geschäftsbedingungen, die die Alleingesellschafterin der Beklagten – neben weiteren vorformulierten Vertragsmustern – für den Abschluß von Liquidatorverträgen im Bereich der neuen Bundesländer verwendet hat. Damit besteht die Gefahr unterschiedlicher Auslegung durch die Obergerichte, so daß die Klauseln dieses Vertrages nach § 549 Abs. 1 ZPO der vollen Nachprüfung durch das Revisionsgericht unterliegen (BGHZ 98, 256, 258; 105, 24, 27).

b) § 3 Abs. 4 Satz 1 in Verbindung mit Satz 3 des Vertrages enthält schon seinem Wortlaut nach eine umfassende Abgeltungsklausel, die über das vereinbarte Honorar hinausgehende Ansprüche – soweit in den nachfolgenden Bestimmungen nichts anderes geregelt ist – von einer zuvor getroffenen Vergütungsvereinbarung abhängig macht. Diese Regelung erfaßt auch die von §§ 1 Abs. 2 Satz 2 BRAGO, 1835 BGB gemeinten Tätigkeiten. § 3 Abs. 4 Satz 4 des Vertrages verweist hinsichtlich einer zusätzlichen Vergütung für das Führen von gerichtlichen und außergerichtlichen Rechtsstreitigkeiten auf eine entsprechende Richtlinie der THA, die die Voraussetzungen eines solchen Anspruchs, wie er gesetzlich durch §§ 1 Abs. 2 Satz 2 BRAGO, 1835 Abs. 3 BGB vorbehalten ist, wesentlich einschränkt.

Nach der Richtlinie soll der Aufwand des Liquidators für das Führen von Rechtsstreitigkeiten nur dann nicht mit dem Pauschalhonorar abgegolten sein, wenn ihm die Postulationsfähigkeit fehlt oder Spezialkenntnisse auf bestimmten Rechtsgebieten erforderlich sind. Weitere Einschränkungen der Abgeltungsklausel enthält der Vertrag nicht. Vielmehr wird eine Vergütung für den Einsatz von Mitarbeitern oder Dritten ebenfalls ausnahmslos von einer zuvor erteilten Zustimmung der THA abhängig gemacht (§ 3 Abs. 4 Satz 2 und Abs. 5 des Vertrages). Nach dem Verständnis der beteiligten Verkehrskreise umfaßt die Abgeltungsklausel des § 3 Abs. 4 Satz 1 auch die Tätigkeiten des Liqui-

dators, die dieser zur Erfüllung der ihm übertragenen Aufgabe persönlich nur aufgrund seiner beruflichen Kenntnisse als Anwalt zu erbringen vermochte.

4. Entgegen der Meinung des Berufungsgerichts benachteiligt diese Klausel den Rechtsanwalt unangemessen; sie ist mit wesentlichen Grundgedanken der gesetzlichen Regelung nicht zu vereinbaren (§ 9 Abs. 1 i.V.m. Abs. 2 Nr. 1 AGBG).

a) Übt der Rechtsanwalt eine der in § 1 Abs. 2 BRAGO genannten Tätigkeiten aus, soll er nach dem in §§ 1 Abs. 2 Satz 2 BRAGO, 1835 Abs. 3 BGB zum Ausdruck gekommenen Rechtsgedanken grundsätzlich nicht verpflichtet sein, Arbeiten, die er nur aufgrund seines beruflichen Wissens als Anwalt zu erfüllen vermag, unentgeltlich zu leisten. § 1 Abs. 2 Satz 1 BRAGO betrifft durchweg Aufgaben, deren Wahrnehmung nicht nur im privaten, sondern auch im öffentlichen Interesse liegt.

Der Auftraggeber soll in diesen Fällen nicht davon profitieren, daß der Auftragnehmer aufgrund seiner berufsspezifischen Fähigkeiten für ihn Dienste leistet, für die er sonst die Hilfe Dritter hätte in Anspruch nehmen und vergüten müssen. Die Regelung über die Voraussetzungen, unter denen ein zusätzlicher Anspruch auf Anwaltshonorar entsteht, ist Ausdruck eines allgemeinen, schon durch Art. 12 Abs. 1 GG vorgegebenen Grundsatzes, daß nämlich dem Freiberufler, der seine Arbeitskraft zur Erledigung einer solchen Aufgabe einsetzt, für die Tätigkeiten, die seine speziellen beruflichen Fähigkeiten und Kenntnisse erfordern, auch eine angemessene Vergütung zustehen muß (vgl. BVerfGE 88, 145, 159; BGHZ 116, 233, 238 f).

§ 1 Abs. 2 Satz 2 BRAGO in Verbindung mit § 1835 Abs. 3 BGB enthält in diesem Sinne einen allgemeinen Maßstab für eine angemessene Vergütung bei Wahrnehmung der dort genannten Tätigkeiten. **Der Rechtsanwalt braucht danach grundsätzlich nicht fremdnützige Tätigkeit teilweise oder ganz unentgeltlich zu erbringen** (OLG Köln, KTS 1977, 56, 59; Staudinger/Engler, a.a.O., § 1835 Rdnr. 22 f).

b) Eine klauselmäßige Regelung, die entsprechende Vergütungsansprüche nicht lediglich einschränkt, sondern ausschließt und allein davon abhängig macht, daß in jedem Einzelfall eine gesonderte Vereinbarung zustande kommt, wird dem beschriebenen gesetzlichen Leitbild nicht gerecht.

aa) Der Liquidator gerät dadurch in eine für ihn nicht zumutbare Abhängigkeit von einer im freien Belieben des Vertragspartners stehenden, erst während der Durchführung der Liquidation aktuell werdenden Entscheidung; denn Voraussetzung und Inhalt einer zusätzlichen Vergütung sind im Vertrag nicht einmal ansatzweise geregelt.

Bei Abschluß des Vertrages über die Durchführung einer Liquidation läßt sich häufig das Ausmaß der zur Erzielung des erstrebten Erfolges notwendigen rechtlichen Maßnahmen noch nicht absehen. Die hier formularmäßig getroffene Bestimmung ist geeignet, den Anwalt je nach Lage der anfallenden Aufgaben in einen **Entscheidungskonflikt zu bringen, der die Erledigung der vertraglich übernommenen Aufgabe gefährdet und ihn zugleich einem hohen wirtschaftlichen Risiko aussetzt**.

Ist zur Durchführung der Liquidation die Erledigung eines Geschäfts nötig, das ein Nichtjurist nicht ohne den Beistand eines Rechtsanwalts sachgerecht durchführen könnte, und verweigert der Klauselverwender dem als Liquidator angestellten Rechtsanwalt dafür eine zusätzliche Vergütung, so hat dieser nach der zwischen den Parteien getroffenen Regelung **nur die Wahl, entweder die Leistung unentgeltlich zu erbringen oder aber sie zu verweigern und damit den angestrebten Erfolg zu verzögern oder gar zu vereiteln, was ihn möglicherweise der Gefahr aussetzt, deshalb auf Schadenersatz in Anspruch genommen zu werden**.

Das macht der Streitfall besonders deutlich, in dem der Erfolg der Liquidation wesentlich von der Veräußerung des Betriebsgrundstücks abhängt und diese ohne eingehende rechtliche Vorarbeit, wie sie nur von einem Rechtsanwalt erwartet werden konnte, nicht sachgerecht gelungen wäre.

bb) Dem kann die Beklagte nicht entgegenhalten, Liquidationen aufgrund des Treuhandgesetzes erforderten in der Regel die Erarbeitung eines Vertrages, der nach Inhalt und Schwierigkeitsgrad demjenigen vergleichbar sei, für den der Kläger eine gesonderte Vergütung verlangt. Der Anspruch des Liquidators auf Gebühren nach der BRAGO ist – ebenso wie derjenige eines Konkursverwalters – nicht davon abhängig, ob bei Aufnahme der Tätigkeit bereits ersichtlich ist, daß die Aufgabe besondere rechtliche Anforderungen stellt. Ob die hier zu beurteilende Klausel den Rechtsanwalt gleichwohl dann

nicht unbillig benachteiligt, wenn besondere Schwierigkeiten der Liquidation im Umfang des vereinbarten Honorars pauschal berücksichtigt sind, braucht nicht entschieden zu werden; denn die Beklagte hat nicht geltend gemacht, die vertragliche Vergütung des Klägers sei aus diesem Grunde deutlich höher als sonst üblich bemessen worden.

cc) Die hier in § 3 Abs. 4 Satz 1 und 3 des Vertrages getroffene **Regelung führt daher zu keinem angemessenen Interessenausgleich**.

Das durchaus aner kennenswerte Anliegen der Alleingesellschafterin der Beklagten, angesichts der hohen Zahl der bei ihr anfallenden Liquidationen deren Kosten überschaubar zu halten, hätte auch auf andere, die Belange des Rechtsanwalts angemessen berücksichtigende Art und Weise gewahrt werden können, etwa durch dessen Verpflichtung, vor Beginn einer Tätigkeit, die nach seiner Ansicht gesondert zu vergüten ist, der Gesellschaft einen entsprechenden Hinweis zu erteilen. Diese könnte dann rechtzeitig prüfen, ob das Begehren des Liquidators der Rechtslage entspricht oder die betreffende Leistung ohne zusätzliche Vergütung zu erbringen ist. Außerdem hätte die Gesellschaft die Möglichkeit, die Aufgabe selbst zu übernehmen oder durch einen Dritten erledigen zu lassen.

Dem Liquidator wiederum stände es frei, für eine rechtzeitig angezeigte Tätigkeit, über deren gesonderte Vergütung sich die Parteien nicht einigen konnten, später ein Anwaltshonorar gerichtlich geltend zu machen. **Der hier formularmäßig vereinbarten Regelung fehlt eine entsprechende Ausgewogenheit in der Beachtung der beiderseitigen Interessen. Sie ist daher auch unter diesem Gesichtspunkt nach § 9 Abs. 1 AGBG zu beanstanden.**

III.

Der Anspruch des Klägers ist demzufolge, soweit er eine Geschäfts- und eine Besprechungsgebühr verlangt, dem Grunde nach gerechtfertigt. Ein Grundurteil kann auch vom Revisionsgericht erlassen werden (*Senatsurt. v. 15.12.1994 – IX ZR 18/94, ZIP 1995, 297, 300*).

Zur Höhe der Gebührenforderung bedarf die Sache, insbesondere zum Gegenstandswert des Vertrages, noch weiterer Aufklärung und ist daher insoweit an das Berufungsgericht zurückzuverweisen.

Notarhaftung

- Ungesicherte Vorleistungen
 - Belehrungspflichten
 - Grundstücksübertragung an Liebhaber
 - Kausalität
 - Beratungsgerechtes Verhalten
 - „Blindes Vertrauen des Verkäufers“
- (OLG Hamm, Urt. v. 18.3.1998 - 11 U 89/97)

Leitsätze (d. Red.):

1. Der Notar hat bei ungesicherten Vorleistungen den Vertragsbeteiligten über das damit verbundene wirtschaftliche Risiko zu belehren und Vorschläge für eine weniger belastende Vertragsgestaltung zu unterbreiten und auf zweckmäßige Sicherungen im Vertrag hinzuwirken.

2. Bei der Darlegung der Kausalität der Amtspflichtverletzung für den geltend gemachten Schaden kann sich der Betroffene auf die Vermutung des beratungsgerechten Verhaltens berufen, wenn nur eine einzige verständige Entschlußmöglichkeit in Betracht kommt. Stehen mehrere Handlungsweisen als nahestehend offen und bergen sie alle gewisse Risiken oder Nachteile, scheidet dieser Anscheinsbeweis aus.

Zum Sachverhalt:

Im August 1993 lernte die Klägerin, die sich von ihrem Ehemann getrennt hatte, K.L. kennen. Dieser versprach der Klägerin, sie zu heiraten, ihre beiden Kinder zu adoptieren und zusammen eine Familie zu gründen. Im Vertrauen hierauf übergab die Klägerin K.L. auf dessen Bitte Geldbeträge von 70.000 DM und 49.000 DM. Am 24.9.1993 verkaufte die Klägerin K.L. durch von dem Beklagten beurkundeten Vertrag ihren im Grundbuch des AG D. eingetragenen Grundbesitz zum Preise von 430.000 DM. In Ziffer IV. des Vertrages heißt es wörtlich:

„Die Beteiligten vereinbaren über die Zahlung des Kaufpreises eine gesonderte Stundungsabrede. Die Erschienene zu 1. wird ausdrücklich belehrt, daß sie riskiert, ihre Kaufpreisforderung gegebenenfalls nicht durchsetzen zu können. Die Erschienene zu 1. erklärt gleichwohl, daß sie auf eine ausdrückliche Absicherung der Kaufpreisforderung verzichtet und daß eine Eigentumsumschreibung bereits vor Kaufpreiszahlung erfolgen soll. Der Kaufpreis soll am 31.12.2000 an die Erschienene zu 1. gezahlt werden.“

Unter der Überschrift „Belehrungen“ heißt es unter Ziffer XIII. Nr. 9:

„Die Erschienene zu 1. wird darüber belehrt, daß der Erschienene zu 2. über das Vertragsobjekt nach Eigentumsumschreibung verfügen kann, es beleihen oder veräußern darf und daß ihr somit keine Sicherung für ihre Kaufpreisforderung mehr zur Verfügung steht. Die Erschienene zu 1. verzichtete gleichwohl auf andere Sicherungsmittel wie die Eintragung eines Nießbrauchsrechts oder Eintragung einer Eigentümergrundschuld.“

Unter Ziffer VI. des Vertrages wurde die Auflöschung erklärt und die Eintragung im Grundbuch bewilligt. Am 2.11.1993 wurde K.L. als Eigentümer im Grundbuch eingetragen. Unmittelbar danach veräußerte er das Grundstück. Den Verkaufserlös behielt er für sich. K.L. ist inzwischen zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren verurteilt worden. Die Klägerin verlangte von ihm Schadenersatz. Durch Urteil vom 28.10.1994 des LG D. wurde er verurteilt, an die Klägerin 500.000 DM Schadenersatz zu zahlen. Das Urteil wurde durch das OLG H. bestätigt (Urteil vom 4.10.1995). Am 14.12.1995 gab K.L. vor dem AG D. die eidesstattliche Versicherung ab.

Er und F.L. waren zur Hälfte Miteigentümer des Grundstücks in R., ... In Abteilung III des Grundbuchs wurde an erster Rangstelle unter dem 19.5.1994 eine Grundschuld zugunsten der Sparkasse R. eingetragen. Auf dem Miteigentumsanteil des K.L. wurde am 9.12.1994 im Wege der Zwangsvollstreckung aufgrund des vorgenannten Urteils des LG D. für die Klägerin eine Sicherungshypothek in Höhe von 500.000 DM eingetragen. Mit notariellem Vertrag vom 1.11.1996 wurde das Grundstück zum Preise von 500.000 DM verkauft. Die Klägerin vereinbarte mit F.L., daß sie aus dem Erlös 55.000 DM erhalten sollte. Im Gegenzug verpflichtete sie sich, die Löschung der zu ihren Gunsten eingetragenen Hypothek zu bewilligen.

Die Klägerin, die den Beklagten mit der Klage auf Schadenersatz in Anspruch nimmt, hat gemeint, der Beklagte habe den Vertrag vom 24.9.1993 wegen der sich aufdrängenden Schadenträchtigkeit nicht beurkunden dürfen. Zumindest habe er für die Eintragung eines geeigneten Sicherungsmittels zu ihren Gunsten sorgen müssen.

Sie hat behauptet, der Beklagte habe sie im Zusammenhang mit der Belehrung persönlich

nicht angesprochen. Der Vertrag sei sehr schnell vorgelesen und dann sofort unterzeichnet worden. Der gesamte Vorgang habe lediglich 10 Minuten gedauert. Sie habe nicht verstanden, was sie unterschrieben habe. Sie sei in einer schlechten Verfassung gewesen, weil sie erst kurz vor dem Beurkundungstermin vom Tode ihres Vaters erfahren habe. Im übrigen habe der Beklagte gewußt, daß es sich bei K.L. um einen Kriminellen handele. Der Beklagte habe K.L. schon mehrfach in Strafverfahren verteidigt.

Die Klägerin hat ferner behauptet, der Verkehrswert des in R. gelegenen Hausgrundstücks betrage lediglich 350.000 DM. Aus der Abrede mit F.L. habe sie noch keine Zahlungen erhalten.

(Anträge ...)

Der Beklagte hat die Ansicht vertreten, seinen Amtspflichten genügt zu haben, und dazu behauptet, er habe die Klägerin bei der Beurkundung wegen der außergewöhnlichen Vertragsgestaltung ausdrücklich auf die Stundung des Kaufpreises und die fehlende Sicherung hingewiesen. Die gesamte Verhandlung habe mindestens eine 3/4 Stunde gedauert. Bereits das Abändern des Mustertextes und der Ausdruck hätten eine erhebliche Zeit beansprucht. Ihm sei nicht aufgefallen, daß sich die Klägerin in einer schlechten Verfassung befunden habe. Vielmehr habe sie wie frisch verliebt mit K.L. „geturtelt“.

Die Einräumung eines Nießbrauchsrechts oder die Eintragung einer Eigentümergrundschild sei als Sicherung für die Klägerin nicht in Betracht gekommen, weil ansonsten die vorgesehene Beleihung des Grundstücks nicht möglich gewesen wäre. (...)

Das Landgericht hat der Klage bis auf einen Teil der Zinsen stattgegeben. Es hat einen Anspruch aus § 19 Abs. 1 BNotO bejaht und gemeint, es könne dahinstehen, ob der Beklagte die im Vertrag enthaltenen Belehrungen lediglich verlesen habe, wie es die Klägerin behauptete; denn mit der Erteilung der Belehrungen in der einen oder anderen Form sei es vorliegend nicht getan.

Entgegen seiner Verpflichtung aus § 17 Abs. 1 BeurkG habe der Beklagte sich bei der Klägerin nicht nach deren Geschäftswillen erkundigt, obwohl hierzu Anlaß bestanden habe. Nach seinen eigenen Angaben in der mündlichen Verhandlung habe K.L. ihn vor der Beurkundung dahingehend informiert, daß ein normaler

Kaufvertrag geschlossen werden sollte. Tatsächlich habe nun der Kaufpreis bis zum Jahre 2000 gestundet werden sollen.

Es reiche nicht aus, wenn der Beklagte in dieser für ihn überraschenden Situation bemüht gewesen sei, die notwendigen Änderungen des standardmäßigen Vertragstextes zu bewältigen und die entsprechenden Belehrungen zu erteilen und in den Vertragstext aufzunehmen. Aufgrund der Besonderheiten des Einzelfalles habe für den Beklagten zweifelhaft erscheinen müssen, ob die allein auf den Hinweisen des Käufers K.L. beruhende Vertragsgestaltung auch dem wirklichen Willen der Klägerin entsprochen habe. Der Beklagte sei nicht nur zu Rückfragen an die Klägerin verpflichtet gewesen, er habe auch bedenken müssen, welche rechtliche Gestaltung für das von der Klägerin beabsichtigte Geschäft bedenkenlos in Betracht zu ziehen sei.

Hätte der Beklagte den wahren Willen der Klägerin erforscht, hätte er erfahren, daß diese lediglich bereit gewesen sei, ihr Grundstück zwecks Geldbeschaffung – vorübergehend – einzusetzen, wobei die Geldbeschaffung K.L. und ihr für die weitere Zukunft habe zugute kommen sollen. Insoweit sei schon fraglich, ob überhaupt ein Übertragungsgeschäft erforderlich und zweckmäßig gewesen sei. Selbst wenn man dies bejahen wollte, hätte aber einem ausgeprägten Sicherheitsbedürfnis der Klägerin Rechnung getragen werden müssen, sei es durch eine Vorausabtretung der Kaufpreisforderung aus dem Weiterverkauf des Grundstücks oder durch Eintragung einer Rückauflassungsvormerkung. Diesen Anforderungen sei der Beklagte nicht gerecht geworden.

Nach seiner eigenen Schilderung vom Ablauf des Beurkundungstermins habe er keine Möglichkeit gehabt, über die im Vertrag enthaltenen Belehrungen hinaus geduldig den wahren Willen der Klägerin zu erforschen und sich über rechtliche Alternativen Gedanken zu machen. Er hätte den Beurkundungsvorgang abbrechen müssen. Dann hätte die Klägerin den Vertrag nicht unterschrieben.

Der Beklagte habe nicht dargelegt, daß K.L. in der Folgezeit die Klägerin beeinflusst hätte, den Vertrag, wie von ihm gewünscht, abzuschließen. Es spreche zudem die Vermutung des beratungsgemäßen Verhaltens dafür, daß die Klägerin eine Absicherung in den Vertrag aufgenommen hätte. Den der Klägerin entstandenen Schaden habe der Beklagte nicht substantiiert bestritten.

Der Schadenersatzpflicht stehe § 19 Abs. 1 Satz 2 BNotO nicht entgegen; denn es bestehe keine anderweitige Ersatzmöglichkeit für die Klägerin. (...)

Der Beklagte greift das Urteil mit der Berufung an. Er stellt eine Amtspflichtverletzung in Abrede und meint, das Landgericht habe sein Vorbringen nicht hinreichend gewürdigt. Er behauptet, die Klägerin sehr eingehend und ausdrücklich belehrt zu haben, und zwar hinsichtlich der Gefahren, die sich aus einer Stundung des Kaufpreises trotz Eigentumsumschreibung ergeben. Er habe den Angaben der Klägerin in der mündlichen Verhandlung vor der Kammer in allen Punkten widersprochen. Die Protokollierung sei insoweit nicht vollständig erfolgt. Der Beklagte wiederholt und vertieft sein erstinstanzliches Vorbringen zur seines Erachtens pflichtgemäßen Belehrung der Klägerin, die er insbesondere nochmals durchgeführt habe, als die geänderten Texte ausgedruckt worden seien.

Das Landgericht ziehe unzutreffende Schlüsse aus der Tatsache, daß K.L. die Vertragsänderungen verlangt habe. K.L. habe die Änderungen in Gegenwart der Klägerin und mit deren ausdrücklicher Zustimmung erklärt, die Parteien seien übereingekommen, eine Stundung des Kaufpreises zu vereinbaren. Er, der Beklagte, habe daraufhin die Klägerin befragt, ob das ihr Wille sei und ob sie sich über die Bedeutung einer Stundung und deren Gefahren klar sei. Die Klägerin habe alsbald zugestimmt und zum Ausdruck gebracht, daß das, was K.L. sage, auch absolut ihr Wille sei. Dabei sei sie auch geblieben, als er, der Beklagte, die Erschienenen über die Sicherungsmittel belehrt habe, die ein Verkäufer zur Absicherung des Kaufpreises verwenden könne.

Der Beklagte meint, eine noch intensivere Belehrung hätte den Grundsatz der Unparteilichkeit verletzt. Er hätte auch einen Vertrag beurkunden müssen, wenn die Klägerin ihr Hausgrundstück unentgeltlich auf K.L. hätte übertragen wollen. Auch in einem solchen Fall hätte er nicht mehr unternehmen können, als er vorliegend getan habe. Daß die Klägerin die Gefahren erkannt habe, gehe aus ihren späteren Angaben hervor. Sie habe ihr Verhalten später als für eine intelligente Frau ziemlich schwachsinnig bezeichnet.

Der Beklagte meint, daß selbst bei einer – unterstellten – Amtspflichtverletzung durch nicht ausreichend intensive Warnung und Belehrung die Dinge sich letztlich nicht anders entwickelt

hätten. Hätte er die Klägerin etwa regelrecht beschimpft, weil sie ihrem Lebensgefährten vertraute, hätten die Beteiligten eine solche Form der Belehrung entweder brüsk zurückgewiesen oder einen anderen Notar aufgesucht und den Vertrag, wie beabsichtigt, beurkunden lassen. Der Beklagte meint, der Grundsatz des beratungsgemäßen Verhaltens könne hier nicht berücksichtigt werden, denn es sei nicht nur eine einzige vernünftige Reaktion der zu Beratenden in Betracht gekommen.

Der Beklagte wiederholt den Einwand der anderweitigen Ersatzmöglichkeit und des unterlassenen Rechtsmittels. Er meint, die Klägerin hätte bei der Verlesung der beurkundeten Vereinbarung rückfragen müssen, wenn sie die Belehrung hinsichtlich der Gefahren nicht verstanden haben sollte. Ferner treffe die Klägerin ein Mitverschulden, da sie sich in bodenlosem Leichtsinn über seine Warnungen hinweggesetzt habe. (...)

(Anträge ...)

Die Klägerin verteidigt das angefochtene Urteil, wiederholt ihr erstinstanzliches Vorbringen und vertieft ihre Rechtsauffassung, daß es bei dem dem Beklagten präsentierten Zweck der Vereinbarung eines Veräußerungsvertrages nicht bedurft hätte. Vielmehr habe sich eine gemeinsame Belastung des Grundstücks und ein späterer gemeinsamer Erwerb eines anderen Objektes geradezu aufgedrängt. Derartige Regelungen habe der Beklagte pflichtwidrig nicht vorgeschlagen.

Die Klägerin behauptet, bei entsprechender Nachfrage hätte sie dem Beklagten mitgeteilt, daß K.L. ihr kurze Zeit nach Zahlung von 49.000 DM erklärt habe, es sei sinnvoller, wenn das Grundstück nicht von ihr belastet würde. Sie sei ohne eigenes Einkommen und deshalb nicht in der Lage, Zins- und Tilgungsdienst zu leisten. Bei ihm sei das anders: Er habe seine geschäftlichen Aktivitäten in R. und verfüge über ein festes Einkommen. Deshalb habe K.L. ihr vorgeschlagen, sie möge ihm das Grundstück für die Dauer etwa eines Jahres zum Zwecke der Beleihung bei Stundung des Kaufpreises übertragen.

Auf diese Mitteilung hin hätte der Beklagte den Rat erteilen müssen, daß die Vorstellungen der Klägerin falsch seien und einfachere, besser, weniger gefahrträchtige und sogar kostengünstigere Regelungsmöglichkeiten bestünden. Sie wäre dann seinem Rat gefolgt. Die Klägerin, die

dem Beklagten vorwirft, er habe den Sachverhalt nicht geklärt, den wahren Willen nicht erforscht, nicht darüber belehrt, daß es eines Übertragungsvertrages nicht bedurft hätte, nicht nachdrücklich auf eine sinnvolle Regelung gedrängt und nicht nachdrücklich gewarnt, meint ferner unter näherer Darlegung, die vom Beklagten in die notarielle Urkunde aufgenommenen Belehrungen seien unzutreffend.

Die Klägerin behauptet, die unterlassene Sachverhaltserforschung und Belehrung habe zu dem geltend gemachten Schaden geführt. Hätte sich der Beklagte pflichtgemäß verhalten, hätte sie den Übertragungsvertrag nicht geschlossen. Eine anderweitige Ersatzmöglichkeit stehe ihr nicht zur Verfügung. Dazu überreicht die Klägerin das Vermögensverzeichnis des K.L. Ferner trägt sie vor, im August 1997 den Betrag von 55.000 DM erhalten zu haben. Hinsichtlich des Zinsanspruchs behauptet sie, es komme eine Verzinsung von 7 % seit dem 24.9.1993 in Betracht, denn regelmäßig würden Beträge in Höhe der Hauptforderung zu derartigen Zinssätzen angelegt. (...)

Aus den Gründen:

Die Berufung ist begründet, die Anschlußberufung ist sachlich nicht gerechtfertigt.

Die Klage ist entgegen der Auffassung des Landgerichts unbegründet. Der Klägerin steht der gegen den Beklagten geltend gemachte Schadensersatzanspruch auf Zahlung von 430.000 DM nicht zu. Die Voraussetzungen des § 19 Abs. 1 BNotO, der allein in Betracht kommenden Anspruchsgrundlage, liegen nicht vor.

I.

Allerdings ist der Beklagte in seiner Eigenschaft als Notar tätig geworden. Zur notariellen Tätigkeit gehört gemäß § 20 Abs. 1 Satz 1 BNotO insbesondere die Vornahme von Beurkundungen jeder Art. Unstreitig beurkundete der Beklagte in seiner Eigenschaft als Notar am 24.9.1993 unter der Urkundenrollen-Nr. ... den Grundstückskaufvertrag zwischen der Klägerin als Verkäuferin und K.L. als Käufer.

II.

Ob der Beklagte eine der Klägerin gegenüber bestehende Amtspflicht schuldhaft verletzt hat, braucht der Senat letztlich nicht zu entscheiden.

1. Ein Verstoß gegen § 17 Abs. 1 Satz 2 BeurkG kommt nicht unter dem Gesichtspunkt in Betracht, daß der Beklagte die Klägerin nicht vor ihrem Vertragspartner K.L. gewarnt hat. **Zwar ist der Notar ausnahmsweise verpflichtet, über die mangelnde Vertrauenswürdigkeit eines Vertragspartners aufzuklären, wenn es nach den Umständen naheliegt, daß eine unerfahrene oder geschäftsungewandte Person von einem Betrüger geprellt wird** (BGH, DNotZ 1967, 323, 325), die Klägerin hat aber nicht substantiiert darzulegen vermocht und auch nicht unter Beweis gestellt, daß der Beklagte K.L. vor der Beurkundung vom 24.9.1993 als Betrüger gekannt hat. Insbesondere vermochte sie nicht anzugeben, in welchen Fällen der Beklagte, der dies ausdrücklich in Abrede gestellt hat, K.L. in Strafprozessen verteidigt haben soll.

Die mangelnde Darlegung geht zu Lasten der Klägerin; denn sie trifft als **Anspruchstellerin die Darlegungslast für die die Amtspflichtverletzung begründenden tatsächlichen Umstände**. Allein die unstreitige Tatsache, daß nach dem beurkundeten Vertrag der Kaufpreis um mehr als sieben Jahre gestundet werden sollte, rechtfertigt nicht die Annahme, der Beklagte habe gewußt, daß es sich bei K.L. um einen Betrüger handelte.

2. Der Senat neigt dazu, einen schuldhaften Verstoß des Beklagten gegen § 17 Abs. 1 Satz 1 BeurkG zu bejahen. Nach dieser Norm soll der Notar den Willen der an der Beurkundung Beteiligten **erforschen, den Sachverhalt aufklären, die Beteiligten über die rechtliche Tragweite des Geschäfts belehren und ihre Erklärungen klar und unzweideutig in der Niederschrift wiedergeben**. Damit soll gewährleistet werden, daß der Notar eine rechtswirksame Urkunde über den **wahren Willen der Beteiligten** errichtet (BGH, NJW 1992, 3237, 3239 = Gl 1993, 3).

a) Ein Verstoß gegen die Belehrungspflicht im Hinblick auf die im beurkundeten Kaufvertrag vorgesehenen ungesicherten Vorleistungen scheidet jedoch aus.

aa) Nach dem vom Beklagten beurkundeten Vertrag sollte die Klägerin K.L. das Eigentum an den verkauften Grundstücken sofort übertragen. Sicherheiten für den gestundeten Kaufpreis sah der Vertrag nicht vor. Damit barg der Vertrag für die Klägerin als Schuldnerin einer ungesicherten Vorleistung angesichts der Höhe der Kaufpreisforderung von 430.000 DM ein bedeutendes wirtschaftliches Risiko.

Nach der Rechtsprechung des IX. Zivilsenats des Bundesgerichtshofs, der der Senat folgt, gehört das mit ungesicherten Vorleistungen verbundene wirtschaftliche Risiko des Vorleistungspflichtigen zu den Umständen, über die der Notar, nachdem er die Risikokehnntnis der Beteiligten ermittelt hat, nach § 17 Abs. 1 Satz 1 BeurkG zu belehren hat (BGH, NJW 1995, 330, 331 = GI 1995, 158; WM 1989, 822, 824). Das Risiko betrifft nämlich die rechtliche Tragweite des Geschäfts und damit die Voraussetzungen, unter denen der von den Beteiligten beabsichtigte rechtliche Erfolg eintreten soll.

bb) Der Beklagte ist seiner diesbezüglichen Ermittlungs- und Belehrungspflicht nachgekommen. Ausweislich Ziffer XIII. des Vertrages hat der Beklagte die Klägerin darüber belehrt, daß K.L. über das Vertragsobjekt nach Eigentumsumschreibung verfügen könne, es beleihen oder veräußern dürfe und daß ihr somit keine Sicherheit für ihre Kaufpreisforderung mehr zur Verfügung stehe. Der Beklagte hat ferner aufgenommen, daß die Klägerin gleichwohl auf andere Sicherungsmittel wie die Eintragung eines Nießbrauchsrechts oder einer Eigentümergrundschuld verzichte. Damit hat der Beklagte die Klägerin nachdrücklich über die mit der Vorleistung verbundenen Gefahren belehrt.

Damit korrespondiert, daß der Beklagte der Klägerin unter Ziffer IV. eindringlich das mit der Stundung verbundene Risiko aufgezeigt hat, indem er ausdrücklich darüber belehrt hat, daß die Klägerin riskiere, ihre Kaufpreisforderung gegebenenfalls nicht durchsetzen zu können. Wenn die Klägerin dann gleichwohl erklärt, daß sie auf eine ausdrückliche Absicherung der Kaufpreisforderung verzichte, so ist sie bewußt und nach ausreichender Belehrung das Risiko der ungesicherten Vorleistung eingegangen.

cc) Etwas anderes könnte nur gelten, wenn, wie es die Klägerin behauptet, **der Beurkundungstermin nur ca. 10 Minuten gedauert**, der Beklagte sie nicht persönlich angesprochen und kein Wort über die Tragweite der Stundungsabrede noch über die Möglichkeit, Sicherheiten für die Kaufpreisforderungen zu bestellen, verloren hat. Eine nur formelhafte, in relativ kurzer Zeit verlesene Belehrung, bei der der Notar den betroffenen Beteiligten nicht einmal persönlich anspricht, wird vom Adressaten der Belehrung nach allgemeiner Lebenserfahrung kaum als bedenkenswerter Hinweis auf die Risiken des beurkundeten Geschäfts verstanden werden.

Aus diesem Grunde erfordert eine ordnungsgemäße Belehrung zumindest eine persönliche Ansprache des zu belehrenden Beteiligten; denn der Notar hat sich zuverlässig über das Risikobewußtsein der Beteiligten zu informieren (BGH, NJW 1995, 330, 331 = GI 1995, 158) und muß sie nachdrücklich belehren (OLG Hamm, VersR 1982, 807).

dd) Die Klägerin hat ihre Behauptungen, denen der Beklagte im einzelnen entgegengetreten ist, nicht unter Beweis gestellt. Sie hat damit nicht die Darstellung des Beklagten widerlegt, wonach der **Beurkundungstermin mindestens eine 3/4 Stunde gedauert** hat und er die Klägerin eingehend belehrt hat, indem er sie **mehrfach ausdrücklich und intensiv auf die mit der Stundung verbundenen Gefahren und die Möglichkeiten der Absicherung der Kaufpreisforderung hingewiesen** und ausdrücklich davor gewarnt hat, daß K.L. die Klägerin um ihr Geld bringen könnte. Eine derartige Belehrung wäre ausreichend. Es geht zu Lasten der beweispflichtigen Klägerin, daß sie ihren Tatsachenvortrag nicht zu beweisen vermag.

b) Eine **Amtspflichtverletzung** kommt nach Auffassung des Senats aber unter dem Aspekt in Betracht, **daß der Beklagte im Rahmen seiner Belehrungspflicht bei ungesicherten Vorleistungen der Klägerin keine Vorschläge zu einer anderen, die Klägerin weniger belastenden Vertragsgestaltung unterbreitet hat.**

aa) Der Notar hat nicht nur auf bestehende Sicherungsmöglichkeiten hinzuweisen. **Er hat den Beteiligten gegebenenfalls im Rahmen des zu beurteilenden Rechtsgeschäfts auch mögliche Vorschläge zu unterbreiten** (BGH, NJW 1989, 102, 103; NJW 1994, 2283 = GI 1995, 55) und darauf hinzuwirken, daß zweckmäßige Sicherungen in den Vertrag aufgenommen werden (OLG Hamm, VersR 1982, 807).

bb) Wie die persönliche Anhörung des Beklagten ergeben hat, wußte er, daß die Klägerin und K.L. das Hausgrundstück der Klägerin erwerben wollten, weil sie wie der Bruder K.L.s tätig werden wollten. Das Reihengrundstück sollte das Startkapital sein. Mit ihm sollten Grundstücke gekauft und saniert werden.

Angesichts dieser Vorstellung der Beteiligten hätte der Beklagte einen Weg aufzeigen können, der die von ihm beschriebene „Kapitalisierung“ des Grundstücks ermöglicht hätte, ohne daß die Klägerin sich des Grundstücks entäußern mußte.

Wenn K.L. die persönliche Darlehensschuld gegenüber dem Kreditinstitut – möglicherweise gesamtschuldnerisch mit der Klägerin – übernommen hätte, hätte das weiterhin im Eigentum der Klägerin stehende Grundstück durch ein dingliches Recht – Grundschuld oder Hypothek – zur Absicherung des Kredits belastet werden können.

Mit der persönlichen Verpflichtung K.L.s wäre dem Bedenken Rechnung getragen worden, daß Banken Grundstücke eher als Beleihungsobjekt akzeptieren, wenn sie zugleich auf einen Darlehensschuldner mit einem gesicherten Einkommen zurückgreifen können. Ferner wäre die Klägerin bei einer solchen Vertragsgestaltung Eigentümerin des Hausgrundstücks geblieben, und sie hätte sich K.L. nicht derart in vermögensrechtlicher Hinsicht ausgeliefert wie nach dem tatsächlich beurkundeten Vertrag.

Ob die Pflicht des Beklagten dahin ging, den Beteiligten statt des von ihnen abgeschlossenen Kaufvertrages eine deutlich andere Verfahrensweise bezüglich der Grundstücke vorzuschlagen, braucht der Senat – wie weiter unten ausgeführt wird – letztlich nicht zu entscheiden. Gleiches gilt für die Frage, ob der Beklagte für den Fall des Kaufabschlusses neben den im notariellen Vertrag bereits angesprochenen Sicherungsrechten auf die Möglichkeiten eines Vorkaufsrechts der Klägerin, einer im Range hinter der zu bestellenden Grundschuld stehenden Rückauflassungsvormerkung zugunsten der Klägerin oder einer Verpflichtung K.L.s, nicht über die Grundstücke zu verfügen, hätte hinweisen müssen.

c) In Betracht kommt ferner ein **Verstoß gegen die Belehrungspflicht des § 17 Abs. 1 Satz 1 BeurkG oder zumindest gegen die sog. betreuende Belehrungspflicht**, weil der Beklagte nicht darauf hingewiesen hat, daß sich bei den Beteiligten, zumindest bei der Klägerin, erkennbar Fehlvorstellungen gebildet hatten.

aa) **Der Notar darf es nicht geschehen lassen, daß Beteiligte, die über die rechtlichen Folgen ihrer Erklärungen falsche Vorstellungen haben, durch Abgabe der Erklärungen ihre Vermögensinteressen vermeidbar gefährden** (BGH, DNotZ 1991, 759; Arndt/Lerch/Sandkühler, § 19 Rdnr. 63). Ebenso muß der Notar belehrend eingreifen, wenn er erkennt, daß sich die Beteiligten irri- ge Vorstellungen darüber gemacht haben, daß vermeintlich nur eine Vertragsgestaltung von ihnen gewählt werden kann, um das angestrebte Ziel zu verwirklichen.

bb) So lag der Fall hier. Der Beklagte hat, wie seine Anhörung vor dem Senat ergeben hat, gewußt, daß die Klägerin davon ausging, sie könne ihr Grundstück nicht beleihen, weil sie kein Einkommen habe, und sie müsse es auf K.L. übertragen, damit das Grundstück beleihen werden könne. **Darin lag ein Irrtum, dem zumindest die Klägerin erlegen war.**

Der Beklagte hätte diesen Irrtum ausräumen können. Er hätte der Klägerin erläutern können, daß sie durchaus das Eigentum an dem Grundstück behalten konnte und daß K.L. die persönliche Haftung für das aufzunehmende Darlehen übernehmen mußte. Dann hätte das Grundstück mit einer Grundschuld belastet werden können. Ob der Beklagte diese Belehrung schuldete, braucht der Senat jedoch ebenfalls nicht abschließend zu entscheiden.

III.

Selbst wenn man nämlich schuldhaftes Amtspflichtverletzungen bejaht, fehlt es an der **Kausalität zwischen diesen Amtspflichtverletzungen und dem geltend gemachten Schaden.**

1. Zur Beantwortung der Frage, welchen Schaden eine Amtspflichtverletzung zur Folge hat, ist zu prüfen, welchen Verlauf die Dinge bei pflichtgemäßem Verhalten genommen hätten und wie die Vermögenslage des Betroffenen sein würde, wenn der Notar die Pflichtverletzung nicht begangen hätte.

Hat der Notar eine gebotene Belehrung unterlassen, so ist zu fragen, wie die Dinge bei pflichtgemäßem, positiven Handeln des Notars gelaufen wären. Die erforderliche Feststellung dieses Ursachenzusammenhangs gehört zur haftungsausfüllenden Kausalität, so daß dem Geschädigten die Beweiserleichterung des § 287 Abs. 1 ZPO zugute kommt. Schuldet der Notar einen bestimmten Rat oder eine bestimmte Warnung, so spricht eine Anscheinsvermutung dafür, daß die Beteiligten dem gefolgt wären.

Dem Notar bleibt es überlassen, diesen Zusammenhang zu erschüttern (BGH, DNotZ 1997, 64, 66). Er muß demnach besondere Umstände darlegen und gegebenenfalls beweisen, die im konkreten Fall dagegen sprechen, daß sich der Geschädigte nach der allgemeinen Lebenserfahrung – und damit Beratungsgemäß – verhalten hätte. Stehen diese besonderen Umstände fest, obliegt dem Geschädigten die volle Beweislast dafür, daß er sich bei ordnungsgemäßer Bera-

tung und Belehrung **beratungs- und belehrungsgemäß verhalten** hätte (BGH, NJW 1995, 330, 332 = GI 1995, 158; NJW 1992, 3237, 3241 = GI 1993, 3).

2. Daß die Klägerin den vom Beklagten beurkundeten Kaufvertrag nicht abgeschlossen hätte, wenn der Beklagte den Beteiligten die vorgenannte, die Klägerin weniger belastende Vertragsgestaltung oder Verfahrensweise vorgeschlagen hätte und damit dem Irrtum der Klägerin entgegengetreten wäre, sie müsse ihr Eigentum auf K.L. übertragen, um es als Beleihungsobjekt einsetzen zu können, ist nicht überwiegend wahrscheinlich (§ 287 ZPO).

a) Im vorliegenden Fall gibt es nämlich Umstände, die dafür sprechen, daß die Klägerin sich genau nach dem gerichtet hätte, was K.L. von ihr verlangte. Zwischen den Parteien ist unstreitig, daß die Klägerin K.L. in vollem Umfang vertraute. Sie ging davon aus, sie werde mit ihm eine Familie gründen und zukünftig zusammenleben, und sie lebte mit ihm bereits in einer eheähnlichen Gemeinschaft, als der Kaufvertrag beurkundet wurde.

Ihr Vertrauen in diesen Mann war derart ausgeprägt, daß sie sich bereit fand, ihre Bundesobligationen zu verkaufen und ihm den Verkaufserlös zu geben. Bei den Bundesobligationen handelte es sich um ihre gesamten Wertpapiere. Der Verkaufserlös belief sich auf 70.000 DM und damit auf eine stattliche Summe. Damit nicht genug, belieh sie ihre Lebensversicherung bis zur Höchstgrenze, um auch dieses Geld K.L. zur Verfügung zu stellen. Bei ihrer Anhörung vor dem Senat hat die Klägerin die Hingabe der 49.000 DM ausdrücklich als Vertrauensbeweis bezeichnet. Unwidersprochen geblieben ist der Vortrag des Beklagten, die Klägerin habe gegenüber der Presse zu ihrem Verhalten geäußert: „Niemand versteht, daß man als intelligente Frau so einen Schwachsinn macht.“

Angesichts dieser Umstände, die das geradezu blinde Vertrauen der Klägerin in K.L. widerspiegeln, ist es eher wahrscheinlich, daß die Klägerin auch in Kenntnis einer möglichen anderen Vertragsgestaltung oder Verfahrensweise, bei der sie das Eigentum an ihrem Grundstück behielt, den von K.L. vorgeschlagenen Kaufvertrag abgeschlossen hätte.

Dafür spricht ihre **Motivation**. Die Klägerin sah in dem Kaufvertrag die Chance, mit ihrem vermeintlich zukünftigen Gatten Investitionen in

den neuen Bundesländern tätigen und so eine **gemeinsame Zukunft aufbauen** zu können. Sie wollte diesen Kaufvertrag schließen.

Daß sie nunmehr schildert, sie hätte ihr Reihengrundstück nicht veräußern wollen und sie habe geglaubt, es ginge bei dem Notartermin nur um die Beleihung des Grundstücks für die Dauer eines Jahres, erscheint unglaublich. Die Klägerin hat nämlich ebenfalls bei ihrer Anhörung vor dem Senat erklärt, sie habe das Grundstück an K.L. verkaufen müssen, damit es beliehen werden könne. Es habe nach einem Jahr an sie zurückübertragen werden sollen. So sei das mit K.L. abgesprochen worden.

Nur diese Darstellung macht plausibel, daß die Klägerin, die nach Ableistung des Abiturs und nach einigen Semestern im Studiengang Chemie eine Ausbildung zur Steuerfachkraft durchlaufen und demgemäß **keineswegs unter einem unterentwickelten Wahrnehmungsvermögen** gelitten hat, den Kaufvertrag klaglos und ohne Gegenvorstellungen unterzeichnet hat. Der Vertrag ist nämlich eindeutig als Kaufvertrag ausgestaltet. Ferner hätten gerade die im Beurkundungstermin aufgrund der Forderungen K.L.s erforderlichen Änderungen des vorbereiteten Vertragstextes die Klägerin, wenn sie nur einer Beleihung hätte zustimmen wollen, stutzig machen müssen.

Nach alledem ist die Kausalitätsfrage offen. Es ist nicht überwiegend wahrscheinlich, daß die Klägerin, die den Kaufvertrag mit K.L. abschließen wollte, dies nicht getan hätte, wenn der Beklagte ihr andere Vertragsgestaltungen vorgeschlagen und sie darauf hingewiesen hätte, daß eine Eigentumsübertragung auf K.L. nicht erforderlich sei.

Angesichts der betrügerischen Absichten, die K.L. verfolgte, erscheint es durchaus möglich, daß K.L., der alles daran gesetzt hätte, bezüglich des erstrebten Vermögensvorteils nicht Schuldner von Banken zu werden, seinen Plan, sich das Eigentum des Hausgrundstücks zu verschaffen, nicht fallengelassen und daß sich die Klägerin seinen Wünschen gebeugt hätte. Auch wenn der Beklagte das von K.L. vorgeschützte Argument für die Notwendigkeit der Eigentumsübertragung als nicht stichhaltig bezeichnet hätte, ist es angesichts der damaligen Vertrauensseligkeit der Klägerin möglich, daß sie sich K.L. nicht widersetzt hätte. Hätten aber die Klägerin und K.L. trotz Belehrung den Kaufvertrag so abschließen wollen, wie er schließlich beurkundet worden

ist, hätte der Beklagte keine begründete Handhabe gehabt, die Beurkundung zu verweigern.

Allerdings muß der Notar seine Urkundstätigkeit gemäß § 14 BNotO versagen, wenn seine Mitwirkung bei Handlungen verlangt wird, mit denen erkennbar unerlaubte oder unredliche Zwecke verfolgt werden. Die bloße Möglichkeit, daß das Geschäft solchen Zwecken dient, reicht nicht aus (Arndt/Lerch/Sandkühler, § 14 Rdnr. 122, 130).

Für den Beklagten war nicht erkennbar, daß K.L. die Klägerin betrügen wollte. Er wußte aus früherer Tätigkeit, daß die Klägerin das Grundstück verkaufen wollte. Er hatte nämlich bereits einen Vertragsentwurf gefertigt. Wenn die Klägerin trotz Belehrung bei dem Wunsch, das Grundstück K.L. zu verkaufen, geblieben wäre, konnte das auf ihrer Zuneigung zu K.L. beruhen, es mußte nicht bedeuten, daß K.L. die Klägerin betrügen wollte. Auch ein in Gegenwart des Beklagten geäußelter Wunsch K.L.s, ihm doch das Grundstück zu übertragen, rechtfertigte nicht den Schluß, daß K.L. die gemeinsame Zukunftsplanung aufgeben und der Klägerin in betrügerischer Weise Schaden zufügen wollte.

b) Die Klägerin kann sich für ihre gegenteilige Auffassung zur Kausalität der – unterstellten – Amtspflichtverletzungen für den geltend gemachten Schaden nicht mit Erfolg auf die tatsächliche **Vermutung des beratungsgerechten Verhaltens** berufen.

aa) Es ist bereits zweifelhaft, ob diese Vermutung hier für die Klägerin streitet. Die Vermutung kommt dann in Betracht, wenn die Amtspflichtverletzung in einer unterlassenen Belehrung besteht und die Lebenserfahrung dafür spricht, daß der Beteiligte sich belehrungsgemäß verhalten hätte. **Indes gilt die Vermutung belehrungsgerechten Verhaltens nur, wenn für den Betroffenen nur eine einzige verständige Entschlußmöglichkeit in Betracht kommt.** Stehen dagegen mehrere Handlungsweisen als nahestehend offen und bergen sie alle gewisse Risiken oder Nachteile, die zu gewichten und gegenüber den Vorteilen abzuwägen sind, scheidet ein Anscheinsbeweis aus (BGH, NJW 1992, 3237, 3241; Arndt/Lerch/Sandkühler, BNotO 3. Aufl., § 19 Rdnr. 146).

Den Gefahren des tatsächlich abgeschlossenen Kaufvertrages, die sich verwirklicht haben, stehen durchaus Gefahren gegenüber, die es bei der vom Senat aufgezeigten Verfahrensweise

bezüglich der Grundstücke zu bedenken galt. Hätte K.L. nämlich das im Wege der Beleihung aufgenommene Geld an sich genommen und die Darlehensraten nicht an das Kreditinstitut gezahlt, wäre das Hausgrundstück der Klägerin gleichwohl nicht zu halten gewesen, weil die Klägerin bereits ihr übriges Vermögen an K.L. weggegeben hatte.

bb) Selbst wenn man aber von der Vermutung beratungsgerechten Verhaltens ausgehen wollte, sind hier die vorgenannten besonderen – unstreitigen – Umstände angetan, die Vermutung nachhaltig zu erschüttern. Dann bleibt es aber bei der **Beweislast der Klägerin, der sie nicht genügt hat.**

c) Angesichts dieses Ergebnisses kann dahinstehen, ob die Klägerin den eingetretenen Schaden ebenfalls erlitten hätte, wenn sie dem – unterstellten – belehrenden Rat des Beklagten gefolgt wäre.

Dann wäre das Grundstück mit einer Grundschuld in Höhe von zumindest 300.000 DM nebst Zinsen belastet worden. K.L. hätte im Zweifel die Darlehensraten nicht bedient und das **Grundstück wäre in die Zwangsversteigerung geraten.** Ob der Klägerin aus der Verwertung des Grundstücks noch Gelder zugeflossen wären, erscheint zweifelhaft, weil nicht sicher ist, daß das Grundstück einen Versteigerungserlös erbracht hätte, der – nach Abzug der Kosten – über dem vom Kreditinstitut verlangten Betrag gelegen hätte.

Steuerberaterhonorar

– Unnötige Bilanz
– Kleingewerbetreibender
(LG Krefeld, Urt. v. 10.1.1997 – 1 S 115/96, rkr.)

Leitsatz (d. Einsenders):

Ein Steuerberater ist verpflichtet, einen Kleingewerbetreibenden darauf hinzuweisen, daß dieser nach handelsrechtlichen Vorschriften nicht zur Buchführung und zur Erstellung von Bilanzen verpflichtet ist. Unterbleibt eine entsprechende Aufklärung, kann für die Erstellung von Bilanzen kein Honorar verlangt werden. Bereits bezahltes Honorar kann nach § 812 BGB aus ungerechtfertigter Bereicherung zurückgefordert werden.

Aus den Gründen:

Die Beklagte ist entgegen der Auffassung des Amtsgerichts nicht verpflichtet, die 6 Gebührenrechnungen des Klägers vom 4.10.1994, 13.1., 25.4., 12.7., 12.7. und 15.9.1995 in Höhe von insgesamt 6.603,85 DM, geltend gemacht in Höhe von 5.693,85 DM, auszugleichen.

Die den Rechnungen zugrunde liegenden Forderungen sind teils durch Verrechnung, teils durch Aufrechnung mit Gegenforderungen der Beklagten erloschen.

Unstreitig besteht zwischen den Parteien seit 1984 ein Steuerberatervertrag in der Rechtsform eines Geschäftsbesorgungsvertrages gemäß § 675 BGB mit Dienstvertragscharakter. Im Rahmen dieser Vertragsbeziehung hat der Kläger für die Beklagte von Beginn an Bilanzen erstellt und Bücher geführt. So macht er mit seinen Rechnungen vom 13.1., 25.4., 12.7. und 15.9.1995 auch Gebührenforderungen für die Erstellung von Bilanzen für die Jahre 1993 und 1994 und für die Buchführung für die Monate Oktober 1994 bis Juli 1995 einschließlich geltend.

Diese Vergütungsansprüche entfallen indes, weil der Beklagten gemäß § 249 BGB auf Befreiung von den Verbindlichkeiten gerichtete Schadenersatzansprüche aus pVV wegen Schlechterfüllung des Vertrages zustehen.

Die Schlechterfüllung liegt in der **falschen Beratung** der Beklagten durch den Kläger. **Der Kläger hätte die Beklagte auch ungefragt darauf hinweisen müssen, daß sie als Betreiberin eines Kleingewerbes** – das ist zwischen den Parteien unstreitig – **weder der Pflicht zur Buchführung noch der zur Erstellung von Bilanzen unterliegt.** Denn zwischen den Parteien bestand eine langjährige Vertragsbeziehung, worauf sie von Anfang an auch angelegt war. Bei derartigen Beziehungen darf aber der sachunkundige Vertragsteil von dem anderen nach den im Verkehr herrschenden Anschauungen redlicherweise Aufklärung über die entscheidungserheblichen Umstände, hier Bilanzierungspflicht der Beklagten, erwarten.

Der Kläger selbst bestreitet nicht, daß die Beklagte über entsprechende steuerrechtliche Kenntnisse bei Eingehung des Beratungsverhältnisses, das durch Vermittlung eines Bekannten zustande gekommen war, nicht verfügt hatte. Deshalb durfte die Beklagte auf eine umfassenden

de Beratung gerade auch über den Umfang ihrer Pflichten als Kleingewerbetreibende durch den Kläger vertrauen.

Wenn dieser nunmehr mit nicht nachgelassenem Schriftsatz vom 18.12.1996 behauptet, die Beklagte habe ihm selbst die Erstellung der Bilanzen **aufgegeben**, so ist dieser Vortrag zum einen **verspätet**, §§ 527, 520 Abs. 2 ZPO, zum anderen aber auch nicht nachvollziehbar, weil sich das Schreiben der Beklagten, auf das der Kläger sich bezieht, über die Einkommensteuererklärung 1994 verhält, nicht aber über die Jahresabschlußbilanzen, um die es hier geht.

Daß die Beklagte nun **weder zur Buchführung noch zu der Erstellung von Bilanzen verpflichtet war, folgt zum einen aus §§ 238, 4 HGB i.V.m. § 140 AO, denn als Minderkauffrau ist die Beklagte nach den handelsrechtlichen Vorschriften von Buchführung und Bilanzierung befreit** (Baumbach/Duden/Hopt, HGB 28. Aufl., § 238 Anm. 3); zum anderen aber auch aus **§ 141 AO.**

Ausweislich der zu den Akten gereichten Bilanzen für die Jahre 1984 bis 1994 liegen sowohl Umsatz, Betriebsvermögen und Gewinne – bis auf das Jahr 1993 – unterhalb der dort genannten Grenzen. Die einmalige Überschreitung der Gewinngrenze im Jahre 1993 um 5.290,15 DM begründet die steuerliche Buchführungs- und Bilanzierungspflicht nicht, wenn – wie hier – nicht zu erwarten ist, daß die Grenze auch später überschritten wird. Den entsprechenden Befreiungsantrag nach § 148 AO hätte der Kläger aus steuerberaterlicher Vorsorge angesichts der Gewinne aus den Vorjahren bereits 1994 für die Beklagte stellen können und müssen.

Wenn der Kläger dagegen meint, die Buchführungs- und Bilanzierungspflicht der Beklagten folge **wegen hohen Betriebsvermögens der Beklagten** aus § 141 Abs. 1 Nr. 2 AO, so geht er fehl. Ihm ist insoweit entgegenzuhalten, daß das Betriebsvermögen der Beklagten in allen Jahren – unter Berücksichtigung der betrieblichen Verbindlichkeiten – weit unterhalb der Grenze des § 141 Abs. 1 Nr. 2 AO von 125.000 DM geblieben ist.

Eine Notwendigkeit zur Bilanzierung in den Jahren 1993 und 1994 ergibt sich schließlich auch nicht aus dem Vorbringen des Klägers, die Beklagte habe Existenzgründungsdarlehen bei der Sparkasse D. aufgenommen und die Sparkasse habe zur Abwicklung des Kredites grundsätzlich nach Bilanzen gefragt.

Ungeachtet des Umstandes, daß geeigneter Beweis für diese Behauptung schon nicht angetreten ist, bleibt unklar, ob nicht zur „Abwicklung des Kredites“ nur die Jahresbilanz im Zeitpunkt der Ausschüttung des Darlehens gefragt war, weil die spätere Geschäftsentwicklung die Auszahlungsvoraussetzungen nicht mehr berühren konnte bzw. ob das Kreditinstitut die Darlehensgewährung letztlich tatsächlich von der Erstellung der Bilanzen bis zum Zeitpunkt der Tilgung abhängig gemacht hatte, – dies behauptet der Kläger mit dieser Konsequenz in der Berufungserwiderung selber nicht.

Dagegen beanstandet die Beklagte die weiteren Forderungen des Klägers, geltend gemacht mit den Rechnungen vom 4.10.1994 und 12.7.1995, insoweit nicht, als sie die Gewerbesteuererklärung 1993 sowie die Einkommen- und Umsatzsteuererklärungen für die Jahre 1993 und 1994 betreffen, die der Kläger in Erfüllung der vertraglichen Beziehung für die Beklagte gefertigt hat.

Aus § 611 BGB i.V.m. den Vorschriften der Steuerberatergebührenverordnung konnte der Kläger deshalb zunächst die gesetzlich vorgesehene Vergütung für diese Arbeiten beanspruchen; geltend gemacht ist sie mit 1.102,97 DM und 553,73 DM (insgesamt 1.656,70 DM), jeweils einschließlich der gesetzlichen Mehrwertsteuer. Diese Forderungen sind jedoch durch Aufrechnung der Beklagten gemäß § 389 BGB erloschen.

Der Beklagten stehen Gegenforderungen aus § 812 Abs. 1 Satz 1 1. Alt. BGB wegen bereits beglichener Rechnungen des Klägers über Bilanzierungen und Buchführungen in den Vorjahren in Höhe von mindestens 1.656,70 DM zu. Der Kläger hat insoweit nicht bestritten, daß seine Rechnungen für Bilanzierungen vom 13.3.1996 über 992 DM, vom 21.10.1987 über 982 DM und vom 31.3.1989 über 1.240 DM von der Beklagten vollständig ausgeglichen worden sind, obgleich sie hierzu nach den vorstehenden Ausführungen nicht verpflichtet war.

Es handelt sich damit um Leistungen der Beklagten, die ohne Rechtsgrund erbracht worden sind und deshalb kondiziert werden können. In vorstehender Reihenfolge hat die Beklagte mit diesen Bereicherungsansprüchen aus § 812 Abs. 1 1. Alt. BGB die Aufrechnung bis zur Höhe der berechtigten Hauptforderung erklärt, auch insoweit ist die Klage damit unbegründet.

GI Leitsätze

Werbeverbot des Notars/Farbliche Gestaltung von Briefbögen

Es ist Notaren nicht verwehrt, ihre Briefbögen graphisch und farblich zu gestalten oder mit einem Logo zu versehen. Ein gegen eine derartige Gestaltung gerichtetes Verbot verletzt den Notar in der durch Art. 12 Abs. 1 GG gewährleisteten Freiheit der Berufsausübung. (BVerfG, Beschl. v. 24.7.1997 – 1 BvR 1863/96, WPK-Mitt 1997, 317)

Tätigkeitsschwerpunkte des Anwalts/Forderungseinzug

Der Anwalt darf auch mit einem Tätigkeitsschwerpunkt werben, der kein Rechtsgebiet, sondern eine fachübergreifende rechtliche Aufgabe bezeichnet, sofern das rechtsuchende Publikum daraus einen inhaltlich hinreichend abgrenzbaren Bereich anwaltlicher Tätigkeit zu erkennen vermag (hier: Forderungseinzug). (BGH, Beschl. v. 26.5.1997 – AnwZ [B] 64/96, WPK-Mitt 1997, 322)

WP-Gesellschaft/Berufliche Niederlassung eines Geschäftsführers/Widerruf der Anerkennung

1. Das Erfordernis der beruflichen Niederlassung eines WP-Vorstandes/Geschäftsführers am Sitz einer WP-Gesellschaft ist eine verfassungsgemäße Einschränkung der Berufsfreiheit.
2. Die hohe Bedeutung der Berufsaufgaben eines Wirtschaftsprüfers für die Gemeinschaft berechtigen den Gesetzgeber, zu deren Schutz Anforderungen an die Berufsausübung zu stellen.
3. Das Erfordernis der beruflichen Niederlassung eines verantwortlich tätigen Wirtschaftsprüfers am Sitz der Gesellschaft sichert die gebotene Kontrolle der Gehilfen und sonstigen Mitarbeiter einer WP-Gesellschaft ebenso wie das Vertrauen zu den Mandanten.
4. Nur im direkten Kontakt mit dem Mandanten läßt sich der hohen Verantwortung gerecht werden, die die Tätigkeit eines Wirtschaftsprüfers kennzeichnet. Organisatorische Maßnahmen ändern hieran ebensowenig etwas wie moderne Kommunikationsmittel. (VG Sigmaringen, Urt. v. 4.12.1997 – 8 K 268/96, WPK-Mitt 1998, 351)

Nachvertragliches Wettbewerbsverbot/ Wirksamkeit/Beschränkungen

1. Ein im Gesellschaftsvertrag selbständig praktizierender Tierärzte vereinbartes nachvertragliches Wettbewerbsverbot, nach dem der ausscheidende Gesellschafter „im Umkreis von 30 km vom Sitz der Praxis keinerlei tierärztliche Tätigkeit ausüben“ darf, ist sittenwidrig und nichtig, weil es in zeitlicher, räumlicher und gegenständlicher Hinsicht das notwendige Maß überschreitet.

2. Ein derart die Berufsausübung einschränkendes Wettbewerbsverbot kann nicht in entsprechender Anwendung des § 139 BGB in der Weise aufrechterhalten werden, daß das Gericht an Stelle des Betroffenen festlegt, mit welchen zeitlichen, räumlichen und gegenständlichen Grenzen das Verbot gilt.

(BGH, Urt. v. 14.7.1997 - II ZR 238/96, WM 1997, 1707)

GI Hinweise

1. Der Leasingvertrag ist immer mit schwierigen Rechtsproblemen behaftet. Rechtsanwalt Dr. Graf von Westphalen – ein Kenner dieser Materie – legt in 5., völlig neu bearbeiteter Auflage eine Gesamtdarstellung zum Leasingvertrag vor.

Es werden alle zivilrechtlichen Fragen vom Abschluß bis zur Beendigung des Leasingvertrages gründlich und praxisnah bearbeitet. Lieferstörungen, Sachmängel, Risikotragung und Unterhaltungspflicht werden ebenso erörtert wie Zwangsvollstreckung und Insolvenz. Neu aufgenommen wurde die Produzentenhaftung und vertieft dargestellt wird das Verbraucherkreditgesetz und seine Auswirkungen auf den Leasingvertrag.

Von Westphalen nimmt sich auch der aktuellen Gestaltungen im Bereich des Computerleasings und der schwierigen Abrechnungsprobleme beim PKW-Leasing an. Wegen seiner wirtschaftlich zunehmenden Bedeutung hat er auch das Sale-and-lease-back-Verfahren wesentlich erweitert.

Die Neuerscheinung gehört in die Hand jedes Praktikers, der Lösungsvorschläge auf dem Gebiet des Leasings benötigt. Das Werk ist im Anhang durch den Abdruck der Leasingerlasse der Finanzverwaltung abgerundet.

Graf von Westphalen: Der Leasingvertrag, 5., völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage 1998, Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 893 Seiten, Lexikonformat, gebunden, 238,- DM, ISBN 3-504-45024-X.

2. Der Verlag Dr. Otto Schmidt KG legt das „Orts- und Gerichtsverzeichnis 1999“ vor.

Das in 4. Auflage erscheinende Werk gibt im ersten Teil zuverlässig Auskunft über die zuständigen Amts-, Land- und Arbeitsgerichte, Finanzämter, Oberfinanzdirektionen und Finanzgerichte für mehr als 20.000 Orte und Postleitzahlenbereiche in Deutschland.

Der anschließende Adressenteil dokumentiert die Anschriften und Telekom-Daten der ordentlichen Gerichte, der Fach- und Verfassungsgerichte, der Finanzbehörden, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten. Die neuen seit Januar 1999 gültigen Zuständigkeiten im Insolvenzverfahren sind dargestellt.

Darüber hinaus enthält das Werk einen umfangreichen allgemeinen Adreßteil, der für alle rechts-, steuer- und wirtschaftsberatenden Berufsgruppen von Interesse ist. Erstmals werden auch die Internet-Adressen der verzeichneten Wirtschaftsverbindungen und Versicherungsunternehmen aufgeführt.

Die Neuerscheinung kann auch als CD-ROM bezogen werden. Diese enthält zusätzlich auch die örtlichen Zuständigkeiten der Sozial- und Verwaltungsgerichte.

Das Orts- und Gerichtsverzeichnis 1999 (mit den zuständigen Finanzämtern) – Ortsverzeichnis mit zuständigen Gerichten und Finanzbehörden – Anschriften und Telekom-Daten der ordentlichen Gerichte, der Fach- und Verfassungsgerichte, der Finanzbehörden, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten – Adressen von Berufsverbänden und Behörden – weitere Adreßgruppen für die anwaltliche Praxis:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 4. Auflage 1999, 1504 Seiten, Lexikonformat, gebunden, inkl. 3 1/2"-Diskette, 78,- DM, ISBN 3-504-19207-0;
Das Orts- und Gerichtsverzeichnis 1999 auf CD-ROM, 98,- DM, ISBN 3-504-19208-9;
Das Orts- und Gerichtsverzeichnis 1999 im Kombi-Paket (Buch und CD-ROM), 128,- DM, ISBN 3-504-19209-7.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

Heft 1-4

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)

- Honorarvereinbarung, Liquidator
= Auslegung 99, 85

Anwaltsvertrag

- RA und Aufsichtsrat 99, 33
- Zustandekommen des > 99, 33

Aufsichtsrat

- Anwaltstätigkeit des > 99, 33

Belehrungspflicht des RA

- >, baubegleitende 99, 6

Belehrungspflicht des StB/WP

- Bilanzierungspflicht
= Kleingewerbetreibender 99, 98
- Entnahme, steuerfreie,
§ 52 Abs. 15 Satz 8 Nr. 2 EStG 99, 18
- Investitionszulagenantrag 99, 50
- Kleingewerbetreibender
= Bilanz, unnötige 99, 98

Berichtigung, § 129 AO

- Einnahme-Überschuß-Rechnung 99, 46
- USt-Vorauszahlung 99, 46

Berufsverbot

- > des RA
- = wg. Verteidigerpost 99, 75

Berufung

- >, zweite 99, 12

Berufungsbegründungsfrist

- Verlängerungsantrag, erster 99, 83
- Wiedereinsetzung 99, 83

Berufungsfrist

- Parteibezeichnung 99, 32

Berufungsschrift

- Auslegung der > 99, 32
- Falschbezeichnung, erkennbare 99, 32

Betrug

- Zahlungsunfähigkeit, Bestellung 99, 24

Beweislast

- Honorarrückforderung 99, 39
- Sitzungsprotokoll 99, 73
- Vergleichsinhalt 99, 73

Entnahme

- >, steuerfreie,
§ 52 Abs. 15 Satz 8 Nr. 2 EStG 99, 18

Finanzgerichtsordnung

- Vorbringen, verspätetes,
§ 79b Abs. 2 FGO
= Unterlagen beim Konkursverwalter 99, 24

Firma

- Zusatz „und Partner“ 99, 49

Fristenkontrolle

- Bote 99, 29
- Empfangsbekenntnis 99, 25
- Fristenkontrollbuch
= Erledigungskontrolle 99, 12
- = Fristverfügung, Klebezettel 99, 83
- = Organisationsanweisung 99, 61
- = Organisationsverschulden,
Klebezettel 99, 83
- = Streichung der Frist 99, 28
- Fristversäumnis, unverschuldetes
= Anweisung
- > an Bürokraft 99, 12; 99, 61
- = Klebezettel 99, 83
- = Beförderung der Post
= durch Mitarbeiter 99, 29
- = Brief an unzuständiges Gericht 99, 4
- = Empfangsbekenntnis,
= Unterzeichnung des > 99, 12
- = Weiterleitung durch Gericht 99, 4
- Organisationsanweisung
= Anruf des Gerichts 99, 30
- = Faxnummer, falsche 99, 61
- = Fristenkontrollbuch 99, 61
- = Gerichtspost 99, 28
- Telefax
= Nummer, falsche 99, 61

Gewinnermittlung

- Wahl der Art der > 99, 66

GI Aktuell

- Aktivierung, Gewinnansprüche 99, 81
- Antragsunterschrift, InvZul
= Telefax 99, 81
- BVerfG-Urteile zur Familienbesteuerung
= Folgen 99, 60
- Existenzminimum 99, 54
- Fristversäumnis, Verkehrsstau 99, 4
- Gewerbeertragsteuer 99, 28
- Haushaltsfreibetrag
= bei Ehegatten 99, 54
- Kinderbetreuungskosten
= bei Ehegatten 99, 54
- Kinderfreibeträge 99, 58

- Restitutionsklage, Anmeldefrist	99, 2
- Schuldzinsenabzug, Baudarlehen	99, 81
- Schuldzinsen, private	99, 4
- Telefax	
= Unterschrift	99, 81
= Vergütung, urheberrechtliche	99, 82
- Unterschrift, Telefax	99, 81
- Zinsbesteuerung verfassungsgemäß	99, 80
- Zulassung, Rechtsanwalt, DDR	99, 2

GmbH

- Bareinlageverpflichtung	99, 20
- Geschäftsführer	
= Einlagebestätigung	99, 20

Honoraranspruch des RA

- Belehrungspflicht über >	99, 33
- Einforderbarkeit	99, 33
- Fälligkeit	99, 33
- Honorarvereinbarung	
= Auslegung	99, 85
- Liquidator	99, 85
- Rechtsbeistandstätigkeit	99, 33

Honoraranspruch des StB

- Abschlagszahlung	
= Verrechnung	99, 64
- Änderung der Rechnung	
= > im Gebührenrechtsstreit	99, 71
- Bereicherungsanspruch	99, 39
- Bestimmungsrecht	99, 39
- Bilanz, unnötige	99, 98
- Buchführung	
= Einrichtung der >	99, 71
= Rahmensatz	99, 71
= Tätigkeiten, sonstige	99, 71
= Überschußrechnung, § 33 StBGebV	99, 66
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV	
= Einzelangaben, nachträgliche	99, 71
- Ermittlungsverfahren, § 31 StBGebV	99, 39
- Fälligkeit, § 7 StBGebV	99, 42
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV	
= Bestimmungsrecht,	99, 39; 99, 64
= Festlegung	99, 71
= Buchführung	99, 66
= Darlegungslast	99, 71
= Lohnbuchhaltung	99, 98
- Kleingewerbetreibender	99, 98
- Lohnbuchhaltung, § 34 StBGebV	
= Rahmensatz	99, 71
- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	
= Vereinbarung, unwirksame	99, 64
- Rechnung, fehlerhafte	
= Nachbesserung	99, 39
- Tätigkeit, sonstige,	99, 71
§ 33 Abs. 7 StBGebV	99, 42
- Verjährungsbeginn, § 196 Abs. 1 Nr. 15	

- Zeitgebühr	
= Angaben, § 13 StBGebV	99, 42
= Einrichtung der Buchführung	99, 71
= Ermittlungsverfahren	99, 71
= Mittelgebühr	99, 71
= Tätigkeiten, sonstige	99, 71

Information an Mandanten

- Steuerbescheid, Übersendungsart	99, 43
- Unterbrechung der >	
= Rechtsanwalt, neuer	99, 44

Investitionszulage

- Auftrag zur Beantragung	99, 50
- Betriebsvorrichtung	99, 50
- Ladeneinbau	99, 50
- Unterschrift	99, 81

Kausalität

- Information des Mandanten	99, 43
- > zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden	
= Entscheidung des Gerichts	99, 69
= Verhalten, beratungskonformes	99, 91

Kostenerstattungsanspruch

- StB-Kosten	99, 18
--------------	--------

Liquidator

- Honorar	
= Sondervergütung	99, 85

Mandatsniederlegung

- Fristenlauf	99, 29
- Mitteilung	99, 29

Mitverschulden

- Bareinlage, GmbH	99, 20
- Informationen an StB	99, 43
- Prüfungspflicht des Mandanten	99, 25
- Steuererklärung	
= Zinserträge	99, 25

Nachbesserung

- Rechnung, fehlerhafte	99, 39
-------------------------	--------

Notar

- Belehrungspflichten	
= Vorleistungen, ungesicherte	99, 91
- Vorleistungen, ungesicherte	
= Grundstück an Liebhaber	99, 91

Prozeßvollmacht

- BGB-Gesellschaft	99, 49
--------------------	--------

Rechtsanwalt

- Belehrungspflicht	
= Vergütungsanspruch	99, 33

- Beratungspflichten			
= Bauvertrag	99, 6		
- Liebhaberei	99, 26		
- Tätigkeitsschwerpunkt			
= Forderungseinzug	99, 100		
- Untätigkeit	99, 44		
- Versicherungsmandat	99, 44		
Rechtsberatung/Rechtsbesorgung			
- > durch WP			
= Vertragsberatung	99, 50		
Rechtsmittel			
- Gerichtsentscheidung			
= Form, falsche	99, 61		
= Meistbegünstigungsgrundsatz	99, 61		
- >, einheitliches	99, 12		
- >, wiederholtes	99, 12		
Schaden			
- Eigentumswohnung	99, 16		
- Kalkulationsschaden, USt	99, 22		
- Kosten des StB	99, 18		
- Prozeßverlust	99, 69		
- Schadenbetrachtung, konsolidierte			
= Eigentumswohnung	99, 16		
- Umsatzsteuer	99, 22		
- Verzugsschaden	99, 69		
Sozietät			
- >, überörtliche			
= Rechtsanwalt	99, 75		
= Zweigstellenverbot	99, 75		
Steuerberatungsvertrag			
- Investitionszulagenantrag	99, 50		
- Kreditvermittlung	99, 15		
- Zustandekommen des >			
= Abschluß, stillschweigender	99, 15		
= > mit Mitarbeiter	99, 22		
Steuerbescheid			
- Übersendungsart	99, 43		
Steuererklärung			
- Abgabe, rechtzeitige	99, 69		
Unterschrift			
- Wiedereinsetzung	99, 5		
Versäumnisurteil			
- >, zweites	99, 12		
Versicherungsberatung			
- Rechtsanwalt, Brandschaden	99, 44		
Versicherungsschutz			
- Rechtsschutzversicherung			
= Kostenerhöhung, unnötige	99, 48		
= Obliegenheitsverletzung	99, 48		
Verspätungszuschläge			
- Verzugsschaden	99, 69		
Verzug			
- > des Steuerberaters	99, 69		
Vollmacht			
- Anscheinsvollmacht	99, 26		
- Rechtsbehelfsverfahren	99, 26		
Werbeverbot			
- Leistungsbeschreibung	99, 75		
- Notar			
= Briefbogen, Farbe	99, 100		
- Praxisbroschüre	99, 75		
- Selbstdarstellung, erlaubte	99, 24		
- Sozietät, gemischte	99, 24		
Wettbewerbsverbot			
- Sittenwidrigkeit	99, 101		
- >, nachvertragliches	99, 101		
Wiedereinsetzung			
- Berufungsbegründungsfrist (s. dort)			
- Unterschrift	99, 5		
- Vertrauensschutz	99, 5		
Wirtschaftsprüfer			
- WP-Gesellschaft			
= Niederlassungsleiter	99, 100		
Zugang			
- Übersendungsart	99, 43		
Zweigstellenverbot, § 28 Abs. 1 BRAO	99, 75		
BVerfG v. 24.7.1997 – 1 BvR 1863/96	99, 100		
= WPK-Mitt 97, 317			
BVerfG v. 20.10.1998 – 1 BvR 1730/98	99, 2		
BVerfG v. 10.11.1998 – 2 BvR 1057/91	99, 54		
BVerfG v. 10.11.1998 – 2 BvL 42/93	99, 58		
BVerfG v. 10.11.1998 – 2 BvR 1852/53/97	99, 58		
BVerfG v. 17.11.1998 – 1 BvL 10/98	99, 28		
BVerfG v. 26.11.1998 – 1 BvR 2069/98	99, 2		
BGH v. 21.4.1997 – II ZB 14/96	99, 49		
= WPK-Mitt 97, 244			
BGH v. 26.5.1997 – AnwZ (B) 64/96	99, 100		
= WPK-Mitt 97, 322			

BGH v. 14.7.1997 – II ZR 238/96 = WM 97, 1707	99, 101	LG Bonn v. 13.5.1998 – 5 S 199/97	99, 18
BGH v. 19.12.1997 – 2 StR 420/97 = wistra 98, 177	99, 24	LG Freiburg v. 30.9.1997 – StL 1/97 = WPK-Mitt 98, 337	99, 75
BGH v. 17.2.1998 – 1 StR 5/98 = wistra 98, 179	99, 24	LG Krefeld v. 10.1.1997 – 1 S 115/96, rkr.	99, 98
BGH v. 2.4.1998 – I ZR 4/96 = AnwBl 98, 604	99, 75	LG Lüneburg v. 26.8.1997 – 3 O 402/96, rkr.	99, 20
BGH v. 2.7.1998 – IX ZR 63/97	99, 33	LG Marburg v. 14.10.1998 – 5 S 14/98, rkr.	99, 22
BGH v. 16.7.1998 – VII ZR 409/97	99, 12		
BGH v. 16.7.1998 – VII ZB 7/98	99, 32	AG Bremen v. 19.8.1998 – 25 C 0146/98	99, 48
BGH v. 30.7.1998 – III ZB 7/98	99, 12		
BGH v. 20.8.1998 – VII ZB 6/98	99, 30		
BGH v. 10.9.1998 – II ZB 21/98	99, 29		
BGH v. 17.9.1998 – IX ZR 237/97	99, 85		
BGH v. 17.9.1998 – IX ZR 291/97	99, 6		
BGH v. 28.9.1998 – II ZB 19/98	99, 5	BFH v. 15.10.1996 – VII B 119/96	99, 24
BGH v. 3.11.1998 – VI ZB 29/98	99, 61	= BFH/NV 97, 514	
BGH v. 11.11.1998 – VIII ZB 24/98	99, 83	BFH v. 31.10.1996 – VIII B 11/96	99, 25
BGH v. 19.11.1998 – IX ZR 152/98	99, 4	= BFH/NV 97, 459	
BGH v. 17.12.1998 – VII ZB 19/98	99, 83	BFH v. 8.11.1996 – VII R 89/96	99, 4
BGH v. 28.1.1999 – I ZR 208/96	99, 82	= BFH/NV 97, 492	
OLG Dresden v. 9.2.1998 – 17 U 267/97	99, 73	BFH v. 28.11.1996 – XI R 76/95	99, 4
OLG Dresden v. 9.6.1998 – 14 U 3245/97 = BRAK-Mitt. 98, 235	99, 24	= BFH/NV 97, 497	
		BFH v. 4.12.1996 – IV B 51/96	99, 26
OLG Düsseldorf v. 13.2.1997 – 13 U 281/93	99, 16	= BFH/NV 97, 500	
OLG Düsseldorf v. 23.10.1997 – 13 U 225/96	99, 15	BFH v. 12.2.1997 – X B 146/96	99, 26
OLG Düsseldorf v. 20.11.1997 – 13 U 25/97	99, 64	= BFH/NV 97, 542	
OLG Düsseldorf v. 20.11.1997 – 13 U 32/97	99, 66	BFH v. 10.3.1997 – V R 63/96	99, 49
OLG Düsseldorf v. 2.4.1998 – 13 U 86/96	99, 39	= BFH/NV 97, 770	
OLG Düsseldorf v. 4.6.1998 – 13 U 151/97	99, 42	BFH v. 13.3.1997 – III B 135/96	99, 28
OLG Düsseldorf v. 9.7.1998 – 13 U 164/97	99, 69	= BFH/NV 97, 773	
OLG Düsseldorf v. 10.12.1998 – 13 U 231/97	99, 71	BFH v. 13.3.1997 – III B 185/96	99, 28
		= BFH/NV 97, 773	
OLG Hamm v. 21.3.1997 – 25 U 110/96 = NWB Fach 30, 1127	99, 25	BFH v. 22.4.1998 – XI R 10/97	99, 26
		= NJW 98, 2471	
OLG Karlsruhe v. 22.12.1994 – 18a U 12/94, rkr. nach Rücknahme der Revision unter Az. IX ZR 22/95	99, 50	BFH v. 27.10.1998 – IX R 44/95	99, 81
OLG Koblenz v. 28.10.1997 – 4 O 759/97	99, 50	BFH v. 27.10.1998 – IX R 19/96 + 29/96	99, 81
OLG Köln v. 6.8.1998 – 18 U 293/98	99, 43	BFH v. 26.11.1998 – IV R 52/96	99, 81
OLG München v. 15.12.1997 – 1Z RR 338/96 = AnwBl 98, 608	99, 44	BFH v. 15.12.1998 – VIII R 6/98	99, 80
		BFH v. 17.12.1998 – III R 87/96	99, 81
		FG Berlin v. 20.11.1998 – 8 K 8072/97	99, 46
		FG Brandenburg v. 10.11.1993 – 2 K 154/92 I	99, 50
		Schleswig-Holst. Anwaltsgerichtshof v. 19.6.1998 – 2 AGH 4/98 = AnwBl 98, 605	99, 75
		VG Sigmaringen v. 4.12.1997 – 8 K 268/96 = WPK-Mitt 98, 351	99, 100